Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 297. Freitag, den 21. Dezember 1900. 7. Jahrgang.

Hierzu zwei Beilagen.

Sozialpolitisches zur Etats-Debatte.

Für die Sozialpolitik ist die begonnene Session des Reichstags nicht günstig. Sie wird von einer Angelegenheit in den Schatten gedrängt, die den bürgerlichen Parteien viel mehr als alles andere am Herzen liegt, von der Frage der Handelsverträge. Hier gilt es, für die eine oder andere Schicht der Großkapitalisten möglichst große Vortheile auf Kosten der Gesammtheit herauszuschlagen; und dieser edlen Aufgabe widmen sich die bürgerlichen Parteien mit so gewaltigem Eifer, den ihnen für die Fragen, bei denen „nur“ das Wohl und Wehe der Arbeiter auf dem Spiele steht, weder Kraft noch Zeit übrig bleibt.

Hierzu kommt noch ein Zweites. Wir stehen jetzt im dritten Lebensjahre dieses Reichstags, also gerade in der Mitte seiner normalen 5jährigen Lebensperiode, gleichweit entfernt von der vorigen Wahl und der nächsten Wahl. Die Lehren der vorigen Wahl sind den bürgerlichen Abgeordneten so gut wie ganz aus dem Gedächtniß geschwunden, und die Furcht vor der nächsten Wahl macht sich noch nicht geltend.

Als vor 2 Jahren der jetzige Reichstag zu seiner ersten Session zusammentrat, da tönte aus allen bürgerlichen Parteien der Ruf: wir müssen auf sozialpolitischem Gebiete mehr leisten, den Wünschen der Arbeiter muß mehr Rechnung getragen werden. Und die Redner fast aller bürgerlichen Parteien brachten damals in der Etats-Debatte der Regierung einen ganzen Korb voll sozialpolitischer Anträge und Anregungen dar. In diesem Jahre aber? Welch ein anderes Bild! Das Interesse für die so dringend nothwendige Weiterführung unserer Arbeiterschutz-Gesetzgebung ist vollständig geschwunden.

Die ausschlaggebende Partei, das Zentrum, hatte kein einziges Wort für die Interessen der Arbeiter. Ja, noch mehr, diese Partei ist schamlos genug, die Sozialpolitik zum niedrigsten Arbeiterfang auszunutzen. Der Zentrums-Redner hatte die Stirne, die verbündeten Regierungen zu „bitten“, „in Erwägung zu ziehen“, „in welcher Weise“ die aus der Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel für die Reichskasse zu erzielenden Mehreinnahmen im Interesse der arbeitenden Klassen, z. B. vielleicht durch Regelung der Wittwen- und Waisenversorgung, zu verwenden wäre. „Wir legen Werth darauf“, heißt es dann weiter im stenographischen Bericht, „daß die Mehrerträge aus der Erhöhung der Lebensmittelzölle in erster Linie den arbeitenden Klassen der deutschen Bevölkerung zu gute kommen werden, damit wenigstens auf diese Weise eine Entlastung für sie, wenn auch in begrenztem Maße, geschaffen wird.“ Diese schönen Versprechungen sollen also das Mittel sein, die Arbeiter mit der weiteren Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel auszusöhnen. Daß dies eine vergebliche Liebesmühe ist, wurde den Herren schon am nächsten Tage vom sozialdemokratischen Redner nachgewiesen. So dumm sind denn doch die Arbeiter nicht, daß sie sich Hunderte von Millionen gleichsam vom Munde wegnehmen lassen, damit ihnen dann einige wenige Millionen wieder als gnädiges Geschenk zurückgegeben werden können.

Aber — es ist schon alles dagewesen. Der schöne Plan des Zentrums ist durchaus nicht eigene Erfindung dieser „christlichen“ Brüder. Ach nein! Schon unter dem Fürsten Bismarck ist derselbe Versuch gemacht worden. Männer, wie der jetzt so stille Professor Wagner in Berlin, gingen damals als Prediger über das „Patriomonium des Enterbten“, das „Erbtheil der Besitzlosen“ unter die Arbeiter, um sie für das Tabaksmonopol zu gewinnen. Jener Versuch ist kläglich gescheitert. Und jetzt, nachdem die Arbeiter die Arbeiterfreundlichkeit der herrschenden Klasse immer besser kennen gelernt haben, werden die Zentrumsbrodvertheurer gewiß kein besseres Geschäft mit dem alten Lockmittel machen.

Von den andern bürgerlichen Parteien ist nur noch der nationalliberale Redner etwas näher auf die Sozialpolitik eingegangen. Der gute Mann konnte sich dieses billige Vergnügen schon leisten, da die nationalliberale Arbeiterfreundlichkeit weder von den andern Parteien noch von der Regierung ernst genommen wird, und überdies der vorsichtige Herr — um ja jedes Mißverständniß auszuschließen, ausdrücklich erklärte, er sei nur für eine Sozialreform „mit jener Bedächtigkeit, welche nothwendig ist, um die Lasten, die das Unternehmerthum zu tragen hat, nicht allzusehr steigen zu lassen, und die gerade in einer Zeit, wo man einer wirthschaftlichen Depression (Niedergang) entgegengeht, am meisten fühlbar werden.“ Gewiß, an dieser „Bedächtigkeit“ zu Gunsten der Großkapitalisten wird es die Regierung nicht fehlen lassen.

Wenn daher die Regierung nur mit den bürgerlichen Sozialpolitikern zu thun gehabt hätte, dann wäre ihre Ruhe ungestört geblieben. Aber die sozialdemokratischen Störenfriede rechneten nicht nur mit den bürgerlichen Parteien ab, sondern hielten auch der Regierung ihr sozialpolitisches Sündenregister vor.

Die Antwort, die hierauf von der Regierung gegeben wurde, ist geradezu klassisch. Der Minister konnte natürlich nicht bestreiten, daß wichtige sozialpolitische Aufgaben der Erledigung schon seit vielen Jahren dringend bedürfen, aber das Reichsamt für die Sozialpolitik habe, so versicherte der Herr, auch ohne „Riesenarbeit“ auf sich, „eine gewaltige sozialpolitische Leistung“ vor sich. Was hiermit gesagt sein sollte, sprach der Minister zwar nicht direkt aus, es ergiebt sich aber von selbst und wurde auch von dem sozialdemokratischen Redner beim richtigen Namen genannt: die Herren sind mit Arbeiten überlastet, sie können nicht alles leisten, was nothwendig wäre. Derselbe Staat also, der Hunderte von Millionen Mark jedes Jahr für den Militarismus und Marinismus, für Gewaltpolitik zu Wasser und zu Lande ausgiebt, derselbe Staat läßt von seinem Minister erklären, uns fehlen die verhältnißmäßig ganz wenigen Beamten, um die dringendsten Aufgaben zum Schutze der vergewaltigten Arbeiter zu lösen!

Wahrlich, ein kläglicheres Schauspiel kann nicht erdacht werden. Und dem Minister scheint gar nicht zum Bewußtsein zu kommen, daß ein solches Eingeständniß durchaus nicht der Regierung zum Ruhme gereicht. Wie bei der 12 000-Mk.-Geschichte, so sind auch in diesem Falle die Aussichten, über das, was der Würde und der Ehre unseres Volkes entspricht, grundverschieden in den Kreisen des Ministers und in den Reihen der Arbeiter. Wir sehen es als die erste Pflicht einer Regierung an, eine derartige Organisation und Eintheilung der Arbeit durchzuführen, daß alle wichtigen Aufgaben eine sachgemäße Erledigung finden. Deshalb haben unsere Genossen im Reichstage dieses Ziel nie aus dem Auge verloren und wie unser Redner mit Recht betonte, stets auf die Errichtung eines besonderen Reichsamtes für den Arbeiterschutz gedrängt. Leider bisher vergeblich.

Wie die Eintheilung der Arbeiten in der Regierung am besten geschehen soll, darüber kann man natürlich verschiedener Meinung sein. Das man aber einem Minister noch sagen muß, er habe unter allen Umständen für die zur Bewältigung der nothwendigen Arbeiten erforderlichen Kräfte zu sorgen, das ist in der That ein — sehr starkes Stück.

Für die Arbeiter ist auch diese Erfahrung nur lehrreich. Sie sehen wieder, wie sehr die herrschende Klasse versagt, sobald es sich um das Wohl und Wehe der Arbeiter handelt. Deshalb müssen die Arbeiter selbst Hand anlegen, sie müssen sich durch unermüdliche Agitation und Organisation der großen Masse der arbeitenden Volkes einen immer größeren Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung erringen und dadurch die, im Interesse der Arbeiter nöthigen Maßnahmen erzwingen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Und in den Armen lagen sich beide .... Auf der konservativen Parteiversammlung in Königsberg erklärte, der „Kön. Hart. Ztg.“ zufolge, Graf v. Klinckowström, die Agrarier könnten dem Zolltarif zuversichtlich entgegensehen; die **Agrarier und Bülow seien eins,** mehr dürfe er nicht sagen. Ob die agrarischen Blätter nun noch mit einer Revision ihrer monarchischen Gesinnung drohen werden, wie dies erst dieser Tage wieder das Hauptorgan der Bündler in einer flammenden Note that? — — Zu obiger Meldung geht dem „B. T.“ noch die Mittheilung zu, daß Graf Klinckowström im Auftrage der milderen Agrarier sich mit dem Reichskanzler dahin verständigt habe, daß in den Zolltarif ein Getreidezoll von 6 oder 7 Mk. eingestellt werden soll. Es handle sich um ein Kompromiß, dem bereits das Zentrum und die Freikonservativen, sowie ein Theil der Nationalliberalen, die „Möller“-Gruppe, beigetreten sein sollen. Da die genannten Gruppen über eine Mehrheit im Reichstage verfügen, so hätte man mit dieser Abmachung heute zu rechnen. Den Doppeltarif werde man voraussichtlich fallen lassen. So oder so: das arbeitende Volk wird doch stets der Gerupfte sein.

Reichstagsdiäten. Der nationalliberale „Berl. Börsencourier“ will erfahren haben, daß die Vorbereitungen für einen Gesetzentwurf, betreffend die Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten, im Gange seien. Auch in der konservativen Partei bricht sich allmählich die Ueberzeugung Bahn, daß mindestens die Bedenken gegen die Diäten unbegründet sind und daß man den Versuch, durch Gewährung von Präsenzgeldern einen Theil der mißlichen parlamentarischen Verhältnisse zu verbessern, jedenfalls wagen sollte. Die agrarische „Deutsche Tagesztg.“, die im Uebrigen für Diäten eintritt, bemerkt dazu, daß nach ihrer Kenntniß ein Gesetzentwurf noch nicht in Vorbereitung ist. Danach scheint es sich bei dem Börsenblatte mehr um einen Fühler zu handeln.

Die Stichwahlen in Württemberg. In Tübingen-Stadt ist der Volksparteiler Rechtsanwalt Liesching mit 1181 gegen 1107 deutschparteiliche Stimmen gewählt worden. In Tübingen-Amt siegte Schön (Volkspartei) mit 250 Stimmen Mehrheit gegen Oswald (Deutsche Partei). In Balingen erhielt Konrad Haußmann (Volkspartei) insgesammt 3790, Hildenbrand (SD.) 1622 Stimmen. Die drei Stichwahlen waren somit sämmtlich günstig für die Volkspartei. Von den drei Sitzen ist Tübingen-Stadt neu gewonnen worden. Bei der Stichwahl am Dienstag erhielten: Genosse Kloß (Stuttgart-Stadt) 14 092, sein Gegner Gießler (NL.) 11 585 Stimmen; mithin ist Kloß gewählt. In Göppingen wurde Blumhardt (SD.) und in Ludwigsburg-Amt Keil (SD.) gewählt. In Ulm und Heilbronn wurden Volksparteiler und in Eßlingen ein Nationalliberaler gewählt. Bei der Hauptwahl wurden 2 Parteigenossen gewählt, so daß nach den bisherigen Ergebnissen der Stichwahl unsere Vertreterzahl auf 5 gestiegen ist. Bisher war im Landtag unsre Partei nur durch den Genossen Kloß vertreten, der Dienstag bei der Stichwahl wiedergewählt wurde. — Die Stichwahlen haben insgesammt folgendes Resultat ergeben: 15 Mitglieder der Volkspartei, im Ganzen 26; Sozialisten 3, im Ganzen 5; Deutsche Partei 5, im Ganzen 10; Bauernbund 1, im Ganzen 5; Zentrum 1, insgesammt 18; Wilde 4. Es stehen noch 2 Bezirke aus, die der Volkspartei und dem Zentrum zufallen dürften. Die Linke erringt 33 von 70 Sitzen.

Eine „Entdeckung“ des Afrikaforschers Dr. Esser. Aus Südwest-Afrika sind Mittheilungen eingetroffen über die erste Expediton des Dr. G. Hartmann und des englischen Eisenbahningenieurs, die im Auftrage der South West Africa Co. nach dem Nordwesten des Schutzgebietes aufgebrochen waren. Wie von privater Seite gemeldet wird, ist die Expedition, die große Strapazen durchmachen mußte, Ende Oktober wieder in Okjomungundi eingetroffen. Der ganze Norden, besonders der Nordwesten des Kaokofeldes, der bisher nahezu unbekannt war, kann jetzt als erforscht gelten. Die Karte dieses Theiles unseres Schutzgebietes wird danach wesentliche Aenderungen erfahren, weil fast sämmtliche Flüsse falsch gezeichnet sind, ebenso die meisten Wasserstellen zu weit nördlich. Der von Dr. Esser angeblich entdeckte Kaiserin Auguste Viktoria-Hafen ist nicht vorhanden; es ist überhaupt keine Spur eines solchen Hafens gefunden worden. Und für seine Entdeckerthätigkeit ist Dr. Esser bekanntlich seiner Zeit mit dem Kronenorden zweiter Güte belohnt worden!

Eine Kriegserklärung des Zentralverbandes der Scharfmacher an den Grafen Posadowsky. Der Schriftführer des Zentralverbandes, H. A. Bueck, veröffentlicht in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ einen umfänglichen Artikel, der eine Kriegserklärung des Zentralverbandes der Industriellen an den Grafen Posadowsky bedeutet. Wir entnehmen dieser offiziellen Kundgebung des Scharfmacherverbandes diese charakteristischen Stellen:

In den Kreisen der im Zentralverbande vertretenen Industrie, d. h. in dem allergrößten Theile der deutschen Industrie, ist mit Befremden wahrgenommen worden, daß bei Behandlung der 12 000 Mark-Angelegenheit weder der Herr Reichskanzler noch

der Herr Staatssekretär ein Wort der Vertheidigung oder Anerkennung für jene Industrie übrig hatte; denn in der Hetzpresse war die Sache allmählich so gedreht worden, als wenn der Zentralverband die schwerste Verfehlung in dieser Sache begangen habe. Zudem war gerade in Sachen des Gesetzes, betreffend den Schutz der Arbeitswilligen, der Zentralverband auf's Aeußerste bestrebt gewesen, die Regierung zu unterstützen; die imposante Versammlung vom 17. November 1899 kann ihr unmöglich entgangen sein. Auch die Hergabe der freilich sehr geringfügigen Summe von 12 000 Mark war nur der Ausfluß jenes Strebens. Noch mehr aber mußte es befremden, daß der Herr Staatssekretär im Verlaufe seiner Vertheidigung es für nothwendig erachtete, besonders dem Führer der Sozialdemokratie gegenüber sein Entgegenkommen dadurch zu erweisen, daß er, wie gesagt, soweit wie möglich von dem Zentralverbande und von der in ihm vertretenen Industrie abrückte. . . . . Nach den Aeußerungen des Herrn Staatssekretärs wird der Zentralverband wohl während dessen Amtsdauer auf den Vorzug verzichten müssen, Vertreter der Regierung bei seinen Versammlungen zu begrüßen, ob zum Nutzen und Vortheil beider Theile, lassen wir dahingestellt.

Graf Posadowsky scheint seine vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Scharfmachern nicht ganz erfüllt zu haben. Nun wird der kontraktbrüchige Commis des Unternehmertums auf Knall und Fall entlassen.

Zum Untergang der „Gneisenau" liegt heute nur folgende Meldung vor: Kapitän-Leutnant Werner meldet aus Malaga: Es stellte sich heraus, daß außer den bisher als vermißt Gemeldeten noch die Schiffsjungen Pramschiefer und Ludes vermißt werden. Schwer verletzt sind: Der Matrose Pagel (Lungenentzündung), die Schiffsjungen Hoeck (Gehirnerschütterung) und Gelhaar (Kopfwunde); ihr Zustand wird aber nicht als direkt lebensgefährlich bezeichnet.

Deutsche Geschützlieferungen an England. Trotz der Erklärungen des Frhrn. v. Richthofen im Reichstage sind die von England bei einer deutschen Fabrik bestellten Geschütze doch geliefert worden, wie aus einem nachträglich eingelaufenen Berichte über die Sitzung des englischen Unterhauses am 14. d. Mts. hervorgeht. Es heißt darin:

Im Laufe der Verhandlungen fragte Sir H. Vincent den Kriegsminister, weshalb Geschütze u. s. w. aus Deutschland bezogen worden wären und nicht englischen Firmen die Ordres ertheilt worden seien. Darauf erwiderte Mr. Brodrick, er habe von der Feststellung des Freiherrn v. Richthofen Kenntniß genommen, nach welcher eine große Anzahl Feldbatterien vom Englischen War-Office bestellt worden seien und die deutsche Regierung die Ausführung weiterer solcher Aufträge inhibirt habe. Zu Anfang dieses Jahres sei es nothwendig gewesen, eine bedeutende Anzahl Feldgeschütze für schnelle Lieferung zu bestellen. Die Militärwerkstätten und die Waffenfabriken Englands erhielten Aufträge für mehr Feldgeschütze und Wagen, als sie im Laufe des Jahres ausführen könnten, und einen Monat später seien Aufträge von demselben Umfang wie die, die an englische Firmen gegeben waren, in Deutschland placirt worden. Die Militärwerkstätten hätten die Ordres prompt ausgeführt und auch die deutsche Firma habe den vollen Auftrag effektuirt, sodaß die Geschütze jetzt zur Indienststellung bereit seien. Dagegen lieferte eine englische Firma nur ein Drittel der bestellten Geschütze, und die anderen gar nicht. Den englischen Waffenfabriken sei jede Unterstützung durch Aufträge in Höhe von mehreren Millionen Pfund Sterling gegeben, und er werde dafür Sorge tragen, daß Alles, was im Bereiche der Möglichkeit liege, geschehe, um den englischen Firmen laufende Ordres zu sichern. Aber angesichts der geschilderten Verhältnisse und der Nothwendigkeit, auf pünktlicher Lieferung zu bestehen, wünsche er keine Garantie zu übernehmen, daß nicht in Zukunft auch weiterhin Aufträge dieser Art im Auslande placirt würden, wenn das öffentliche Interesse es verlangt. Sir H. Vincent fragte, ob die Sache so läge, daß die deutsche Regierung die Ablieferung der Geschütze verhindert habe. Der Kriegsminister: **„Nein, wir haben die Geschütze erhalten!"**

Der offiziöse Telegraph hat über diese Verhandlung kein Sterbenswort berichtet. Es dürfte sich Gelegenheit bieten, die Auslassung des englischen Kriegsministers im Reichstage zur Sprache zu bringen.

Das Offenbacher Eisenbahnunglück war dieser Tage Gegenstand einer Interpellation im hessischen Landtag. Die Auskunft, welche die Regierung zu ertheilen hatte, ging nicht über die nichtssagende Redensart hinaus, mit denen sich die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung über derartige Folgen ihres berüchtigten Sparsystems hinwegzusetzen versucht. Namens der Interpellanten gab der Abg. v. Brentano (Z.) der Entrüstung des Publikums über die Schäden der Bahnverwaltung Ausdruck. Seine Hoffnung, daß die hessische Regierung energisch auf Abhülfe dringen werde, theilen wir nicht, wie der Abg. Ullrich (SD.) hervorhob, der in schärfster Weise gegen den Eisenbahnminister v. Thielen als den Hauptschuldigen vorging. Seine Rede war ein flammender Protest dagegen, daß man in Berlin fiskalische Interessen höher stellt als das Menschenleben. Für die Regierung erklärte der Finanzminister Gnauth, ein endgültiges Urtheil über die Ursache des beklagenswerthen Unglücks nicht abgeben zu können, da die gerichtliche Untersuchung noch in der Schwebe sei und auch vor Ende des Jahres sicher nicht abgeschlossen werden dürfte. Eine Prüfung der Frage, ob und inwieweit die bisherigen Einrichtungen zur Verhütung von Eisenbahnunfällen genügten, werde von den Bundesregierungen und den zuständigen Verwaltungen einer gemeinsamen Prüfung unterzogen werden. Hessen werde sich an diesen Konferenzen betheiligen. Die hessische Regierung sei geneigt, die finanziellen Konsequenzen aus der Nothwendigkeit von Verbesserungen zu ziehen, muß sich aber in Anbetracht ihrer verhältnißmäßig geringen finanziellen Betheiligung an der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft bescheiden. Auch die hessische Regierung empfindet die ihr von Preußen aufgedrängte Eisenbahngemeinschaft offenbar als drückend.

Kleine politische Nachrichten. Nach dem Gesetz vom 24. Juni 1887 traten die Vorschriften über die Erhebung der Brennsteuer am 30. September 1901 außer Kraft. Offiziös wird jetzt mitgetheilt, dem Reichstage werde bald nach dem Wiederbeginn seiner Sitzungen eine Vorlage zugehen, welche die Forterhebung der Steuer wegen ihrer die heimische Branntweinproduktion fördernden Wirkung auch nach dem 30. September nächsten Jahres sichert. — Litterarische Veröffentlichungen ohne Genehmigung des Reichskanzlers sind durch eine jetzt veröffentlichte Kabinetsordre vom 11. Dezember den Offizieren und Beamten der Schutztruppen, und zwar auch den zur Disposition stehenden Offizieren, untersagt worden. Diese Maßregel richtet sich offenbar gegen die Artikel, welche in der letzten Zeit die Exgouverneure von Deutsch-Ostafrika, General von Liebert und Major von Wißmann, in Kolonialblättern oder sonstwie zur Verherrlichung ihrer Thaten und zur Kritik der Kolonialpolitik veröffentlicht haben. — Ein Wachposten vom 5. Garde-Regiment aus Spandau erschoß in der Nacht zum Mittwoch an den Pulvermagazinen zu Niederneuendorf einen anderen Wachposten. Der Erschossene hatte sich nach der „Vossischen Zeitung" einen Spaß machen wollen, um seinen auf Posten befindlichen Freund in Furcht zu setzen. In gebückter Haltung näherte er sich ihm in der Dunkelheit, indem er, um eine seltsame Gestalt darzustellen, hüpfend vorwärtssprang. Der Posten, der die Gestalt bemerkte, rief der Vorschrift gemäß mehrere Male „Halt!" Als die Gestalt ihr sonderbares Thun fortsetzte und sich auch nicht zu erkennen gab, feuerte der Soldat, nicht wissend, wen er vor sich habe, einen Gewehrschuß ab und — tödtete den „Spaßmacher" durch eine Kugel, die den Kopf durchbohrte. — Im Sternbergprozeß, in dem Mittwoch die Plaidoyers stattfinden sollten, mußte die Verhandlung auf Donnerstag vertagt werden, weil die Zeugin Schnörwange, welche noch nicht vereidigt ist, seit einigen Tagen „unauffindbar" ist. — Zur Konitzer Mordaffäire erhalten verschiedene Berliner Blätter folgende sensationelle Meldung, die sie indessen nur unter Reserve wiedergeben: Die Verhaftung dreier Personen wegen dringenden Verdachts der Thäterschaft bei dem Winterschen Morde steht nahe bevor. Die Verdächtigen befinden sich außerhalb der Konitzer Mauern. — Rinderpest und Heuschrecken verheeren wieder einmal Deutsch-Südwestafrika. Die Rinderpest ist in der Bezirkshauptmannschaft Windhoek ziemlich stark aufgetreten und greift allmählich um sich. Ob sich die auf die allgemeine Impfung des Jungviehs gesetzten Hoffnungen erfüllen werden, bleibt abzuwarten. Auch die Heuschreckenplage macht sich wieder höchst unangenehm bemerkbar. Die Weideverhältnisse werden in vielen Landstrichen als sehr traurige geschildert. Die Ausgaben für Deutsch-Südwestafrika sind für das Jahr 1901 auf 9 378 600 Mk. veranschlagt, wozu noch die Deckung des Fehlbetrags für das Jahr 1898 in der Höhe von 1 829 368 Mk. kommt. Wahrscheinlich wird sich also trotz der Höhe des Zuschusses abermals ein respektabler Fehlbetrag herausstellen — Im Antwerpener Hafen ist die Arbeit völlig eingestellt; 20 000 Arbeiter sind zum Feiern gezwungen. — Mittwoch früh fand in Couillet in der Nähe von Charleroi ein schweres Eisenbahnunglück statt infolge Zusammenstoßes zweier Züge. Man zählt bisher drei Todte und 25 Verwundete. — Die Niederlage des spanischen Kabinets war das Ergebniß der Sitzung der spanischen Deputirtenkammer vom Dienstag. Die Deputirtenkammer nahm mit 117 gegen 106 Stimmen einen gegen die Regierungsvorlage, betreffend die Vermehrung der Seestreitkräfte, gerichteten Antrag an. (Lebhafte Bewegung. Beifall im Centrum und auf der Linken.) Silvela, der Vorsitzende der für die Prüfung der Vorlage eingesetzten Kommission, zog hierauf seinen Bericht zurück. Am Mittwoch trat ein Ministerrath zusammen zur Beschlußfassung über das Verhalten des Kabinets gegenüber dieser Niederlage. — Ein kleiner Gernegroß ist der „Fürst der Schwarzen Berge." Die „Politische Korresp." veröffentlicht den Wortlaut einer Adresse des montenegrinischen Staatsraths, in welchem dem Fürsten Nikolaus die Bitte um Annahme des Titels „Königliche Hoheit" anläßlich des 40jährigen Regierungsjubiläums unterbreitet wird. Die Adresse schildert die Entwickelung Montenegros seit zwei Jahrhunderten, betont die Verdienste des Fürsten um diese Entwickelung und sagt schließlich, der Senat beuge sich vor dem Willen des Fürsten, seinem früheren Entschlusse zur Weitererhaltung des Staates als Fürstenthum treuzubleiben, unterbreite aber als Wunsch des Volkes den Vorschlag, den Titel Königliche Hoheit für sich und seine Nachfolger anzunehmen. — Ueber einen englisch-türkischen Zwischenfall wird dem „Berl. Tagebl." aus Konstantinopel folgendes gemeldet: Nach einer auf der Pforte eingetroffenen Depesche besetzten Detachements eines englischen Kreuzers Küstenstriche Yemens, nicht weit von Aden, aber auf unzweifelhaft türkischem Gebiet, angeblich, weil ein unter englischem Schutz stehender Beduinenstamm von Nachbarn unter Beihülfe türkischen Militärs angegriffen sei.

Frankreich.

Die Amnestiedebatte wurde Dienstag, am vierten Verhandlungstage, in der französischen Kammer beendet. Die Vorlage als Ganzes wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein Antrag, die Amnestie auf die an der Panama-Affäre betheiligten Personen auszudehnen, wurde abgelehnt, ein Antrag, die nicht gestatteten Kongregationen von der Amnestie auszuschließen, angenommen. Die Verhandlungen scheinen sehr lebhaft gewesen zu sein. In fünf, oft nur durch kurze Zeiträume getrennten Sitzungen wurde die Vorlage unter Dach und Fach gebracht. An der letzten Abstimmung, die lange nach Mitternacht erfolgte, betheiligten sich nur noch 158 Abgeordnete.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Die Lage der Engländer in Südafrika ist zur Zeit kritischer denn je. Eine unbeschreibliche Aufregung herrscht in Kapstadt. Nicht eine Kolonne der Buren, sondern deren drei sind nach siegreichen Gefechten gegen die Generale Brabant und Macdonald in die Kapkolonie eingebrochen. Dies Eindringen erfolgte über Sterkiprunt, Odendaal und Francisdrift. Die Buren nahmen zwei Eisenbahnzüge mit Proviant und Munition fort und machten 80 Gefangene. Der Burenkommandant Hertzog erließ eine Proklamation, welche die Afrikander zu den Waffen ruft. Die Proklamation ist vom 13. Dezember aus Herschel datirt. Jeden Augenblick erwartet man das Aufflammen der Revolution durch das ganze Kapland. Die dort stehenden englischen Truppen sind die minderwerthigsten der ganzen Armee, denn alles irgend brauchbare wurde an der Front verwendet!

Die englischen Blätter, die den Ernst der Lage in der Kapkolonie wohl erkennen, suchen ihre Leser dennoch darüber hinwegzutäuschen, indem sie glauben machen wollen, daß sich die Buren bereits wieder zurückziehen. So besagen Kapstädter Drahtmeldungen der „Daily Mail" vom 18. Dezember: es sei eine neue Lage geschaffen durch den kühnen Einfall der Buren in die Kapkolonie. Der Feind habe den Oranje-Fluß an zwei Punkten überschritten. Eine Kompagnie rückte auf Philippstown zwischen Colesberg und Kimberley vor. Das zweite Corps hat den Fluß zwischen Odendaal und Bethulie nordwestlich von Burgersdorp überschritten. Montag aus Burgersdorp eingegangene Privatdepeschen besagen, daß die Buren drohten, die Stadt zu zerstören, und daß der General Macdonald den Feind 20 Meilen westlich davon angegriffen habe. Die Buren hätten keine Kanonen. Den neuesten Meldungen zufolge sollen die Buren langsam nach dem Oranje-Fluß zurückgedrängt werden.

Die Jagd auf Dewet hat, angesichts der Lage, die die Buren durch den Einbruch in die Kapkolonie geschaffen haben, nach einer Meldung des „Evening Standard" aufgegeben werden müssen. Wie weiter verlautet, zählen die Buren etwa 3000 Mann, eine beträchtliche Anzahl von ihnen habe bereits Philippstown erreicht. Dewet zog sich mit etwa 4500 Mann zurück; er steht jetzt nordöstlich von Ladybrand. Ein Angriff der Buren auf Winburg wird jeden Augenblick erwartet.

Aus Johannesburg meldet Reuters Bureau vom 18. Dezember: Eine starke Kavallerietruppe unter General French ist am 15. Dezember in Krügersdorp eingetroffen. Wie es heißt, steht der Burenkommandant Delarey dicht beim Lager des Generals Clements; ein neuer Kampf wird erwartet.

Eine Lissaboner Drahtung des „Standard" besagt: Der portugiesische Kriegsminister empfing eine Depesche, der zufolge die englischen Truppen in Komatipoort verstärkt worden sind. Louis Botha habe seine Streitkräfte bei Melsprut längs der niederländischen Eisenbahn konzentrirt. Die portugiesischen Truppen, die der Gouverneur von Mozambique entsandt hatte, um einen Buren-Einfall auf portugiesisches Gebiet zu verhindern, seien größtentheils wieder nach Lourenzo Marques zurückgekehrt.

„Daily Mail" versichert, Lord Kitchener habe um eine Verstärkung von 40000 Mann gebeten. Wo soll die Regierung diese Verstärkungen hernehmen? Sie muß ohnehin schon die verzweifeltsten Anstrengungen machen, um nur die bereits kriegsmüden Yeomanry- und Kolonialtruppen noch länger bei der Fahne in Südafrika zu halten.

Durch Fluchtversuche der auf Ceylon internirten kriegsgefangenen Buren werden die britischen Militärbehörden in fortwährender Unruhe gehalten. Am 23. November versuchte, wie der „Voss. Ztg." geschrieben wird, ein Deutscher, Namens Leopold Bodenhammer, durch die Postenkette zu schlüpfen und wurde, als er auf den Anruf einer Schildwache nicht stillstand, sofort niedergeschossen und augenblicklich getödtet. Der deutsche Konsul Freudenberg, der vom englischen Gouverneur sofort unterrichtet wurde, mußte es ablehnen, dem traurigen Fall irgendwie dienstlich näher zu treten, da der Getödtete durch Neutralisation in Transvaal die Reichsangehörigkeit verloren habe.

China.

Vom Chinawirrwarr. Wie die Londoner „Daily Mail" aus Peking vom 17. d. Mts. meldet, ist dem Vernehmen nach der britische Vorschlag bezüglich der Aenderung in den einleitenden Worten der Note an China im Großen und Ganzen von allen Mächten angenommen worden. Auch Rußland und Japan stimmten zu, während die Haltung der Vereinigten Staaten noch nicht präzisirt ist; indessen wird auch die Zustimmung Amerikas erwartet.

Eine von Wolffs Bureau übermittelte Depesche aus Peking vom 18. Dezember meldet: Graf Waldersee erließ einen Befehl, durch den die Distrikte der Umgegend den einzelnen verbündeten Truppen zur Beaufsichtigung überwiesen werden. Der Feldmarschall fügte hinzu, er wisse, daß sich eine beträchtliche chinesische Streitmacht unter dem Befehle des Generals Ma im Norden der Provinz Schansi und andere südlich von Tschangtschang (?) befinden; er erwarte jedoch während des harten Winters, der jetzt eingesetzt habe, keine Angriffsbewegung. Aber wo immer die Verbündeten ein Gebiet länger außer acht ließen, würden sich Räuber- und Boxerbanden zusammenschaaren; er wünsche daher die Mitwirkung der Verbündeten bei der Entsendung zahlreicher starker Patrouillen in die einzelnen Distrikte. Wie die Depesche weiter meldet, findet Donnerstag eine Zusammenkunft der Gesandten statt.

Chinas Friedenssehnsucht bekundet sich aus folgenden entgegenkommenden Erklärungen hoher Mandarinen. Der Londoner „Daily News" wird aus Schanghai vom 18. Dezember gemeldet: Scheng theilte den betreffenden Konsuln mit, er und der neue Gouverneur von Tschekiang Yuntsuyi hätten kaiserliche Befehle erhalten, die Angelegenheit bezüglich der Niedermetzelung der Missionare in Tschutschu mit den Konsuln schnell zu regeln. — Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang gaben nach einer Meldung der „Agence Havas" dem Gesandten Pichon die Versicherung, daß die Truppenbewegungen an der Grenze von Indochina — über welche der Gesandte kürzlich Klage geführt hatte — ohne Bedeutung seien und nur zum Zweck der Unterdrückung des Brigantenthums vorgenommen werden. China denke nicht daran, kurz vor der Eröffnung der Friedens-Unterhandlungen neue Verwickelungen heraufzubeschwören.

Abgefangene Hunnenbeute. Die französische Regierung ließ in Marseille 35 aus China kommende Kisten beschlagnahmen, in welchen sich erbeutete, von französischen Offizieren und Soldaten heimgesandte Gegenstände befanden. Die Hunnen zu Attila's Zeiten hatten es zwar unbequemer, aber besser. Sie schleppten selbst heim, was sie wegbringen konnten, und niemand verargte es ihnen. Die französische Regierung hat sich also noch nicht bis zur vollen Höhe des reinen Hunnenthums aufzuschwingen vermocht.

Die Khakipresse druckt in ihrer Naivetät ein Telegramm ab, das besagt, „daß der ehrliche Versuch, den die deutschen Militärbehörden gemacht hätten, um Plündereien der Soldaten unmöglich zu machen, bereits in dem von den Deutschen besetzten Stadttheil gute Erfolge erzielt habe. Die Läden würden wieder geöffnet und die Chinesen kehrten zurück. Die Amerikaner verpflegten täglich über 1000 Hungrige." Dieses Telegramm, weit davon entfernt, die Meldungen von dem ungeheuerlichen Umfang des Plünderns der internationalen Kreuzfahrer zu entkräften, bestätigt nur die verwegensten Schilderungen. Denn wenn erst jetzt der „ehrliche Versuch" — also die Ehrlichkeit dieses „Versuchs" muß noch extra betont werden! — dem Plündern Einhalt zu thun, den minimalen Erfolg hat, daß wenigstens die deutschen Truppen nicht mehr plündern, so darf man wohl annehmen, daß selbst die verwegendsten Schilderungen englischer und italienischer Korrespondenten nicht übertrieben waren.

Auf dem Isolirschemel.

AK. Die letzte Bürgerschaftssitzung hatte wiede ihre „Sensation", und wieder war es der hiesige Führer der Freisinnigen Volkspartei, Herr August Pape, der sich durch eine freimüthige Rede das Verdienst verschaffte, das öde Einerlei herkommensgemäßer Jasagerei zu unterbrechen.

Schon einmal befand er sich in ähnlicher Lage; als es galt, die Streikpostenverordnung zu besprechen. Er saß auf dem Isolirschemel, und der ganze Troß der mit sich und ihren Werken Stillzufriedenen vergnügte sich damit, dem Rebellen Funken aus der Nase zu tippen.

Dieses Mal handelte es sich um den „Senf nach Tisch." Für sogenannte „Ehrenausgaben" steht bekanntlich jedes Jahr dem Senate eine bestimmte Summe zur beliebigen Verfügung. Im letzten Jahre unseres seinem Ende zuneigenden Säkulums sind nun unserer höchsten Behörde die Ehren derart über den Kopf gewachsen, daß schon am 28. Mai die Bürgerschaft den Fond auf 60 000 Mk. zu erhöhen gezwungen war. Als

dann die „große“ Zeit herannahte, als man die Aufwendungen sah, die für den 16. Juni, den Tag der Wiederkehr der glorreichen Reichstagswahl von 1898, für ein paar Stunden gemacht wurden, Dinge, deren Zweck und Werth zu ergründen auch die Weisheit der Gerissensten vielfach nicht ausgereicht hat, da sah Jeder, der halbwegs Kopfrechnen gelernt hat, sofort, daß auch die obengenannte Summe bei Weitem nicht genügen werde.

Abgesehen von den Kreisen der intim Interessirten herrschte damals aber auch in allen Schichten der Bevölkerung, nicht nur beim proletarischen Theile, die Meinung, daß der mit Riesenschritten in die Verschuldung hineinschreitende lübsche Staat alle Ursache gehabt hätte, zu sparen, statt derartig unnütz kostspielige, ja zum Theil den berechtigtsten Spott herausfordernde Veranstaltungen zu treffen.

Jetzt liegt die ellenlange Rechnung vor: **63 000 Mark** für den Flittertand von Augenblicken, in denen die Festekstase das nüchterne Calcul verdrängte.

Jener Volksstimmung hat am Montag Herr Pape Ausdruck verliehen. Er hat ausgesprochen, was mindestens neun Zehntel der lübschen Einwohner denken. Daß er in der Form nicht allemal glücklich daß ihm ein cholerisches Poltern eigen ist, wo Ruhe mit Schärfe gepaart ganz anders passen würden, beeinträchtigt zwar die augenblickliche Wirkung seiner Darlegungen, thut aber ihrer Richtigkeit keinen Abbruch.

Der Senat hat es unterlassen, seine Vorlage näher zu begründen, er konnte es auch getrost unterlassen, da es sich um ein offenes Geheimniß handelte, und er sich der Zustimmung der „kompakten Mehrheit“ der Volksvertreter sicher wissen konnte.

Ein halbes Jahr hat genügt, aus dem Winter des Mißvergnügens unserer Spießbürger über den Pomp der Kanalfeier einen rosenprangenden Sommer stolzer Erinnerung zu machen. Vergessen sind all die Schmerzen, die damals im Stillen verwunden und, wenn sie sich an die Oberfläche wagen wollten, rücksichtslos unterdrückt wurden. Wenn die Makulatur reden könnte . . .!

Herr Pape hat am Montag auch weiter nichts zum Ausdruck gebracht, als was vor Wochen Hunderte Zurückgesetzter, zum Sparen Neigender und an die Schulden Denkender gesagt; — wer weiß, ob nicht gerade deswegen das Gift um so heftiger gegen ihn gespritzt ist. Wer läßt sich gern an überstandene Seelenqualen erinnern? Und gar Gemüther, die im Allgemeinen bis in die Leichdorne loyal sind!

Zunächst kopirte Herr Pape Eugen Richter, indem er die rhetorische Frage aufwarf, ob man vielleicht beabsichtige, für die 63 000 Mk. dem vielgeprüften Ohm Paul eine Ovation zu bereiten. Sei das Geld schon ausgegeben, dann möge man um Indemnität nachsuchen. Bei der Kanalfeier sei mit dem Gelde nicht sparsam umgegangen worden. Statt des Berliner Dampfers hätte man die „Vesta“ nehmen können. Die wäre um 4 800 Mk. billiger geworden, und die Renovirung hätte dem Lübecker Handwerk Arbeit gebracht. Den Hamburger Droschkenbesitzern wurden 75 Mk. pro Stück bezahlt, während die hiesigen nur 35 Mk. verlangten. Große Medaillen seien vertheilt, ob eselsgrau oder orangegelb, wisse er nicht. Auf dem Markte wurden kostspielige Fontainen aufgestellt, von dem Rathhause garnicht zu reden. Als es aber galt, junge Leute zum Studium zur Pariser Weltausstellung zu schicken, da hatte man kein Geld! Etwas mehr Rücksicht solle man doch auf die Steuerzahler nehmen! Die Ehrenausgaben des Senats seien im Budget mit 3 600 Mk. veranschlagt, jetzt verlange man mehr als der ganze Senat an Gehalt bekomme. Wo das Geld geblieben, wisse kein Mensch. Man munkele von hohen Dotationen an Beamte. Warum sei das nicht durch Rath- und Bürgerschluß geschehen?

Wer nicht ganz den Kopf in den Sand stecken will, wird zugeben, daß durchweg die hier gemachten Einwendungen vollauf berechtigt und als solche auch früher allgemein anerkannt sind! Aber „so etwas denkt man wohl, man sagt es doch nicht!“

Herr Gusmann sprengte sofort als freiwilliger Kommissar in die Arena. Dem Senate sei man für das Fest zu Dank verpflichtet, für die gehörte Kritik könne man nicht dankbar sein. Das Hohelied vom beschränkten Unterthanenverstande in Barockeinband!

Nach ihm kam, damit ja der Beamte nicht fehle, Herr Hauptlehrer Hempel. Wir müssen gestehen, daß es auf uns immer einen geradezu peinlichen Eindruck macht, wenn Leute von der sozialen Stellung dieses Herrn bei solchen Gelegenheiten nicht schweigen. Und nun gar diese schroffe, persönlich auf das schärfste verletzende Art, die doppelt verwundern muß bei einem Manne, den der Bürgerrechtsverein mit auf den Schild gehoben be der Wahl. Einen Angriff auf „Lübecks Ehre“ sah er in Pape's Rede und fühlte sich verpflichtet, ihn zurückzuweisen. Herr Pape besitze, obwohl Kaufmann, kein kaufmännisches Geschick. Der Kanal sei ein Kaufgeschäft, habe also der Reklame bedurft. Er sei fest überzeugt, die Feier habe auf alle Festtheilnehmer wie auf alle, die darüber gelesen, tiefen Eindruck gemacht. Er erinnere Pape an das Bismarck'sche Wort „Ein schlechter Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt.“

Einen Ordnungsruf erzielte diese Zitirung einer unparlamentarischen Grobheit des brutalsten aller Parlamentarier nicht. Warum auch? Herr Hempel hat sich der Oeffentlichkeit gegenüber selbst charakterisirt. Man kann es Herrn Pape nicht verdenken, daß er es unter seiner Würde hielt, auf solche Aeußerung eines Bildners der Jugend zu erwidern. Recht wenig geschickt dagegen war es, daß er sich durch sein hitziges Temperament dazu verleiten ließ, das splendide Gebahren des Senates mit der Handlungsweise eines Bankerotteurs zu vergleichen. Aber, Herr Pape! Nun war doch Herr Dr. Benda, so ungern er es sicherlich that, gezwungen, den Ordnungsruf zu benutzen.

Das Amtsblatt, dessen Sitzungsbericht natürlich wieder auf das gemeinst-tendenziöse zurechtgestutzt ist, empfiehlt dem ihr unbequemen Bürgerschaftsmitgliede, doch offen sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Da müssen wir doch dankend ablehnen. Herr Pape ist ein so gut bürgerlicher Politiker, wie nur Einer, und kann aus seiner Haut garnicht heraus. Für solche Leute hat die Sozialdemokratie keinerlei Verwendung. Was aber Pape vor manchem Anderen, der pharisäisch die Nase über ihn rümpft, auszeichnet und was auch wir der Wahrheit gemäß anerkennen, ist das: er ist noch nicht ganz konventioneller Lügner geworden. Deshalb werden ihn auch die Anwürfe des Amtsblattes, getünchter Unrath, kalt lassen.

Wir brauchten eingangs das Bild vom Isolirschemel. Er ist aber eine optische Täuschung, wenn man glaubt, Pape stände darauf. In Wirklichkeit ist es das Gros unserer nominellen Volksvertreter, welche sich weiter und weiter entfernen von dem Volke, mit dessen Geschicken sie ein gar gewagtes Spiel spielen. Sie kennen seine Empfindungen nicht mehr, sie verlachen seine Wünsche, sie mißachten seine Beschwerden, sie beschneiden seine Rechte. Gefl ssentlich erweitern sie den Abgrund, der sich aufthut zwischen ihnen und den Massen. Möge ihnen in der selbstgewollten Isolirung nicht einmal allzu unbehaglich werden!

Wir haben wieder gelernt aus den Vorgängen. Für die richtige Verwendung des Gelernten bürgt die Vergangenheit unserer Partei.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 20. Dezember 1900.

Parteitag 1901. Durch Beschluß des Mainzer Parteitages ist Lübeck die Ehre zu Theil geworden, im September nächsten Jahres die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie begrüßen zu dürfen. Es ist damit ein mehrfach geäußerter Wunsch der hiesigen Parteigenossen in Erfüllung gegangen. Ihre Verpflichtung ist es nunmehr auch, dafür Sorge zu tragen, daß allen durch die Abhaltung des Parteitages gestellten Anforderungen im weitesten Maße Rechnung getragen werden kann, und besonders für die Beschaffung der nöthigen Geldmittel einzutreten. Die örtliche Parteileitung hat zu diesem Zwecke Marken zum Preise von 10 Pfennig herstellen lassen und durch die Vertrauensleute in Umlauf gesetzt. Möge es sich jeder Genosse angelegen sein lassen, dieselben thunlichst zu vertreiben, damit der nächste Parteitag auch äußerlich sich seinen Vorgängern würdig anschließen kann.

Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit empfiehlt das Amtsblatt „Abschub ausländischer Arbeiter und deren Ersatz durch einheimische, arbeitslos gewordene Kräfte.“ Völlig überflüssig! Man braucht z. B. nur die an staatlichen Bauten beschäftigten Unternehmer zu verpflichten, den am Orte zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern vereinbarten Lohn zu zahlen, dann würde z. B. Herr Holzmann, welcher den Travendurchstich an der Herrenfähre ausführt, sicher sofort seine Russen und Galizier, die er mit **29 Pf.** Stundenlohn abspeist, „abschieben“ und ortseingesessenen Arbeiter beschäftigen. Es liegt ganz allein am braven Vater Staat!

Der „General-Anzeiger“ wehrt sich — versteckt, wie es seinem furchtsamen Naturell entspricht — gegen die unlautere Konkurrenz, welche die „Eisenb.-Ztg.“ vor einigen Tagen mit der Thatsache trieb, daß der „G.-A.“ seinen Abonnementspreis zu erhöhen gezwungen ist. Das ist sein gutes Recht, und er ist ein Hasenfuß, weil er jenes ruppige Marktschreiergebahren nicht schärfer brandmarkt. Wenig aufrichtig handelt er aber auch selbst, wenn er mit seinem „reichen Lesestoffe“ prahlt. Wo steckt der? In den Inseraten?

Festangestellt ist der bisher diätarisch beschäftigte Registrator der Kanalbaubehörde Herricht.

Die Petition, welche die hiesige Bauarbeiterschutzkommission an Senat und Bürgerschaft gerichtet hat, ist, wie wir aus dem „Hamb. Corresp.“ zu entnehmen in der Lage sind, zur Begutachtung dem Polizeiamt, dann dem Bauamt und von diesem der Bauhütte übersandt worden. „In einer Versammlung der letzteren hat man sich dahin ausgesprochen, daß unmöglich etwas Gesetz werden könne, **was der Staat selbst nicht befolge.** Namentlich beziehe sich das auf die Baubuden. Die **staatlichen Arbeiter,** die Außenarbeit verrichteten, seien **bei schlechter Witterung ohne jeglichen Schutz** während für die baugewerklichen Arbeiter in dieser Hinsicht schon jetzt gesorgt sei. Wie man unter der Hand erfährt, soll die Behörde dem Erlaß eines neuen Baupolizeigesetzes, das die eingegangene Petition in mancher Hinsicht berücksichtigt, sympathisch gegenüber stehen, doch dürfte manches unter den Tisch fallen, was die Petenten wünschen.“ Wir werden's ja wohl in den nächsten zehn Jahren in Erfahrung bringen!

= **Unfall am Hafen.** Laut Polizeibericht ist gestern Nachmittag auf dem am Behnkai liegenden Dampfer „Aegir“ der mit dem Reinigen des Mastes beschäftigte Matrose Wicklund auf das Deck gestürzt und hat sich mehrere Rippen gebrochen. Auf Anordnung des Herrn Dr. Adler wurde der Verunglückte in das Allgemeine Krankenhaus geschafft.

Der Prozeß gegen den Reichstags-Abgeordneten Dr. Semler ist dieser Tage durch einen Rechtsakt, den man euphemistisch „Vergleich“ nennt, zum Abschlusse gelangt. Wir geben den Bericht der „Freis. Ztg.“ über die Sache, welcher eine kurze Wiederholung der ganzen Vorgänge bietet, hier wieder: „Eine **mindestens unschöne** Rolle hat der vor Kurzem in Aurich gewählte Reichstagsabg. Dr. Semler als Rechtsanwalt in Hamburg gespielt, wie aus einem Civilprozeß hervorgeht, der in Hamburg großes Aufsehen machte und in diesen Tagen seinen Abschluß durch einen Vergleich gefunden hat. Semler hatte 1891 in einem Millionenprozeß die Verwandten eines Verstorbenen vertreten, der dem Staate Hamburg sein gesammtes Vermögen vermacht hatte. Semler hatte sich für diesen Prozeß ein sehr hohes Honorar ausbedungen; außerdem trat er mit dem Anspruch an die Erben hervor, daß er für Auslagen einen Betrag von 10 000 Mk. benöthige. Da die Erben ihm diese Summe nicht geben konnten, entnahm er dieselbe von seinem Schwager und zwar unter der Bedingung, daß im Falle eines obsiegenden Urtheils dieser Schwager statt 10000 Mark 30000 Mark zurückerhalten solle. Thatsächlich wurde dieses Darlehen unter der Deckadresse einer Persönlichkeit gegeben, die nur ein Sparkassenbuch von 1800 Mk. besaß. In Wirklichkeit hat auch nicht der Schwager, sondern Semlers Vater das Geschäft gemacht. Kurz nachdem dieser Vertrag mit den Erben abgeschlossen war, brachte Semler einen Vergleich mit der Stadt Hamburg zu Stande. Einer der Erben klagte nun gegen Semler seinen Antheil von den 30 000 Mk. wieder ein mit der Behauptung, daß Semler bei dem Abschluß des Vertrages bereits den nach wenigen Tagen erfolgten günstigen Ausgang der Sache gekannt habe. Nach stattgehabter Beweiserhebung erklärte Semler, er wolle heute gern zugestehen, daß er vielleicht Mißgriffe gemacht habe, und besonders wolle er erklären, daß er jetzt nicht mehr seinen Schwager in das Geschäft hineinziehen würde. Er sei auch geneigt, nicht nur dem jetzigen Kläger, sondern auch den beiden Schwestern das Geld auszuzahlen, was sein Schwager bei dem Geschäft verdient habe. Er wolle jedoch erklären, daß er damals nicht an einen eigenen Vortheil, sondern nur daran gedacht habe, seinem Schwager eine Hilfe zu bieten. Im Wege des Vergleichs wolle er statt der geforderten 31 000 Mk. insgesammt 27 000 Mk. auszahlen. Die Gegenpartei erklärte sich bereit, diesen Vergleich abzuschließen, nachdem Semler den Eid geschworen, daß er am 18. Dezember 1891 nicht die Ueberzeugung gehabt habe, daß er ohne weitere Prozeßmaßregeln einen seinen Instruktionen entsprechenden Vergleich mit dem Staat abschließen könne.“ Die „Integrität“ Semlers ist damit nach bürgerlichen Begriffen gewahrt. Wohl bekomm's! — Wie übrigens die „Neue Hamb. Ztg.“ mittheilt, wird der Fall ein Nachspiel vor der Anwaltskammer haben. Der in Berlin wohnende Schriftsteller Francis Stahl hat den Dr. Semler wegen der Vorgänge bei der Erbschaftsregulirung des Schmilinsky'schen Nachlasses bei der Anwaltskammer denunzirt. Der Name Francis Stahl kam bekanntlich in dem Prozeß schon vor. Ein Brief des Schriftstellers an Dr. Semler wurde im Termin verlesen, in dem Francis Stahl schrieb, er wolle die Vorgänge bei der Erbschaftsregulirung dramatisch bearbeiten. Die Anwaltskammer muß, wenn Beschwerde gegen einen Rechtsanwalt eingelegt wird, die Sache prüfen und eventuell über den Fall verhandeln.

= **Arbeiterrisiko.** In der Bürstenfabrik von Schacht u. Co. verletzte sich gestern der Arbeiter Käselau an der Hobelmaschine Daumen und Zeigefinger einer Hand.

Warnung für Werftarbeiter. Aus Tsingtau schreibt ein dorthin gegangener Arbeiter an seinen Freund in Kiel vom 27. Oktober d. J.: „Um einem Versprechen nachzukommen, sende ich Dir einige Zeilen über mein Befinden in diesem verfluchten Nest von Tsingtau. Wir sind am 15. Oktober hier angekommen, das war eine Reise zum Gotterbarmen, verhungert wären wir beinahe. Den Speisezettel von unserer erhaltenen Kost an Bord der „Elsa“ lege ich Dir hiermit vor. Des Morgens gestampfte Kartoffeln mit schwarzem Kaffee (ob es Kaffee war, wissen wir nicht) und Hartbrot. Des Mittags Suppe, Kartoffeln und Salzfleisch, welches kaum genießbar. Des Abends gestampfte Kartoffeln (Lappskausch) mit Kaffee oder Thee (eine schöne Nummer) und Hartbrod, oder mal Pellkartoffeln mit schlechtem Hering. Nun, mein lieber Freund, was sagst Du zu dieser famosen Kost. Wir haben genügend gegen dieses Fressen protestirt, aber unser Herr Transportführer (Meister von Wilhelmshaven) sagte im Rothen Meere, wo wir die größte Hitze hatten, wir müßten von unseren Knochen zehren und nichts genießen als Wasser, Thee und Schwarzbrot und dieses nennt die Welt freie Verpflegung nach Tsingtau! Das Leben kann man satt kriegen dabei. . . . . Nun kommt etwas über die schönen Verdienste hier, die uns in Kiel vorgemalt wurden, mit denen sieht es aber verflucht flau aus, wenn man hier 8 Mark pro Tag hat, ist es grade so, als wenn man in Kiel 3 Mark pro Tag verdient, wir haben uns schon alle zum Teufel gewünscht, um nur aus Tsingtau wegzukommen, aber leider ist es nun zu spät, wir werden Gott danken, wenn das Jahr rum ist.“

Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Heute, Donnerstag, findet die mit großer Spannung erwartete Erstaufführung der Oper „Die Zauberflöte“ statt, nachdem das Werk auf

das Sorgfältigste vorbereitet wurde. Die Rollenbesetzung ist die folgende: Sarastro: Herr Wiedemann, Tamino: Herr Saville, Papagena: Frl. Nowa, Papageno: Herr Dr. Wendt, Königin der Nacht: Frl. Lorenz, usw. Freitag wird die Oper wiederholt. — Sonnabend gelangt als Abendvorstellung das Weihnachtsmärchen „Des Kindes Weihnachtstraum" (Aschenbrödel) zur erstmaligen Aufführung, denn auch viele Große erfreuen sich gerne an den Freuden der Jugend und finden Vergnügen an der bunten Märchenwelt.

In das Handelsregister ist am 18. Dezember 1900 eingetragen: bei den Firmen: C. Kohlhaase und H. D. Ferber: Die Firma ist erloschen.

Uebersicht der Geborenen und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat November 1900. Geboren sind 191 Kinder, davon 86 männlichen, 105 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 5 Knaben, 0 Mädchen. Gestorben sind 59 Personen männlichen, 40 weiblichen Geschlechts, in Summe 99. Demnach Ueberschuß an Geburten 27 resp. 65, insgesammt 92. Auf 1000 Einwohner waren 28,68 Geburten, 14,87 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 22, von 1—5 Jahren 10, bis zu 10 Jahren: 1, bis zu 15: 1, bis zu 20: 1, bis zu 30: 3, bis zu 40: 6, bis zu 50: 11, bis zu 60: 9, bis zu 70: 15, bis zu 80: 12, bis zu 90: 8, über 90 Jahre: 0. Die Todesursache war Diphtherie in 0, Keuchhusten in 1, Tuberkulose in 12, Lungenentzündung in 4, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 5, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 8, Folgen des Wochenbetts in 0, Krebs in 11, angeborene Lebensschwäche in 5, Altersschwäche in 5, Unglücksfall in 2, Selbstmord in 2, Gelenkrheumatismus in 0, Herzleiden in 5, Krämpfe in 1, Nierenleiden in 3, Wassersucht in 1, Schlagfluß in 5, Typhus in 3, Masern in 0, Scharlach in 0, Milzbrand in 1, sonstige Krankheiten in 18, unbekannt in 7 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 51, Vorstadt St. Jürgen 8, St. Lorenz 20, St. Gertrud 4, die Krankenanstalten 16.

Eutin. In der Dienstag-Nachmittag-Sitzung des Landtages, welche von 5—8 Uhr dauerte, nahm eine ganze Zahl Abgeordneter bei der Besprechung der Ministererklärung anläßlich der Eröffnung des Landtages das Wort. Zumeist waren es Wünsche, welche die Abgeordneten bei den einzelnen Positionen der Ministererklärung zum Ausdruck brachten. Bezüglich der Neubeordnung in den Gemeinden Bant, Heppens und Neuende erklärten sich die Abgeordneten Jürgens und Hug mit der Ministererklärung nicht zufrieden gestellt. Eine strikte Erklärung über die Gestaltung des Amtes Rüstringen gab der Minister jedoch nicht ab. Er meinte, daß die Theilung des Amtes Jever in zwei Wahlkreise nicht die einzige Maßnahme in dieser Beziehung sein werde. Die Frage des Abg. Hug, ob bei der Neugestaltung der Dinge in genannten Gemeinden die Selbstverwaltung beschnitten werden, also eine Aenderung der Gemeindeordnung vorgenommen werden solle, beantwortete der Minister nicht. — Aufsehen rief hervor die Rede des Abg. Burlage, welcher erklärte, daß er die Gelegenheit ergreife, das Ministerium zu ersuchen, dem Nepotismus, das ist der Vetternwirthschaft, von dem man im Volke von unten bis oben spricht, ein Ende zu bereiten, soweit es vorhanden ist. Der Minister erklärte, von solchem nichts zu wissen, worauf der Abg. Hug ihm sagte, daß es doch so sei, wie Abg. Burlage erklärt habe. Ihm sei im vorigen Jahre auch von verschiedenen Seiten nahegelegt worden, im Landtage darüber zu sprechen. Er habe die Absicht gehabt, es zu thun, sei aber davon abgekommen, weil er einmal die einzelnen Fälle nicht nachweisen konnte und andererseits sich nicht nachsagen lassen wollte, er wolle sich nur aufspielen. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Ausführlicher Bericht steht noch aus.

Uetersen. Lehrerstreik. Unter den Schülern der hiesigen Fortbildungsschule herrscht große Freude, weil die Lehrer des Instituts seit einigen Tagen in einen reellen Streik eingetreten sind. Die Lehrer hatten an das Stadtverordneten-Kollegium das Ersuchen gerichtet, die Entschädigung für die Unterrichtsstunden von 1,20 Mk. auf 1,60 Mk. zu erhöhen. Dieser Antrag wurde in der letzten Sitzung zurückgestellt. Hierauf haben sich die Lehrer geweigert, in Zukunft den Unterricht in der Fortbildungsschule zu ertheilen. — Die Arbeiter können sich diesen Fall notiren für spätere Gelegenheiten.

Apenrade. Ein neues Blatt im Lorbeerkranze der Germanisatoren ist die Ausweisung des Fräulein Helene Reimers, Tochter eines dänischen Optanten aus Sonderburg, welche durch einen Polizisten über die Grenze gebracht wurde. Der hiesige dänenfresserische Reporter der „Itzehoer Nachr." läßt sich darüber, wie folgt, aus: „Da die junge Dame in Sonderburg ihren erkrankten Großvater, den Rentier P. Reimers, pflegte, mag wohl die Trennung in der Familie manchen Kummer verursacht haben. Die von solchem Ungemach Betroffenen mögen sich bedanken bei den dänischen Wühlern, welche durch ihr verwerfliches und herausforderndes Treiben der Regierung zu den scharfen Maßnahmen Veranlassung geben." Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die Staatsweisheit der Regierung oder die Gefühlsrohheit des Reporters.

Malchin. Der Landtag hat den Umbau der Strafanstalten zu Dreibergen und Bützow abgelehnt. Hauptgrund war, daß die Vorlage die Trennung der Gefangenen nach Geschlechtern forderte, während der Landtag der Trennung nach Art der Strafe den Vorzug giebt. Auch gefiel es dem Landtage, obwohl er Mißstände als vorhanden anerkennt (Platzmangel, Mangel eines Lazareths, naher Zusammenhang der Knabenstation mit dem Zuchthause, mangelhafte Wasserversorgung usw.), durchaus nicht, daß die Regierung eine „Musteranstalt" schaffen wollte, statt durch Durch- und Umbauten sich billiger davon abzumachen. — Den Landboten ist jedenfalls Knutenörtels Idee von dem Fettleben und dem Prassen in den Strafanstalten in Fleisch und Blut übergegangen.

Bremen. Bei der Gemeindeausschußwahl in der zweiten Klasse der Nachbargemeinde Schwachhausen wurde der Genosse Bruns als erster Sozialdemokrat gewählt.

Briefkasten.

Brunsbüttelkoog. Sie werden das Geschäft von Stümer, Alsstraße 31, meinen. In der Fischstraße giebt es ein solches nicht.

Elternschanz-Viehmarkt

Hamburg, 19. Dezember.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 2000 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Versandschweine, feinere 54—55 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 44—48 Mk. und Ferkel 48—52 Mk pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief gut.

Zugeführt wurden 2080 Stück. Preise: Beste 100—110 Mk. geringere 65—90 Mk. pr. 100 Pfd.

Wo ist der Neger?

Unsere verehrl. Inserenten ersuchen wir höfl., die für die Sonntagsnummer bestimmten grösseren Inserate bis spätestens Freitag Nachmittag bei uns aufzugeben.
Die Exped. d. „Lüb. Volksb."

Ein Logis für zwei Mann
Glockengießerstraße 16.

2. Etage, abgeschlossen, à 3 Zimmer, im Ganzen oder auch getheilt sofort zu vermiethen
Näheres Hasenstraße 52.

Gesucht eine Wohnung zum 1. April in der Nähe der Holstenstraße oder nahe vor'm Holstenthor im Preise von 140—170 Mk. für eine Familie von 3 erwachsenen Personen.
Offerten u. **L O 26** an die Exped. d. Bl.

Gesucht ein junger Mann
im Alter von 18—20 Jahren für leichte Arbeit.
Näheres Brüderstraße 3, 1. Et.

1 große fast neue Ladeneinrichtung
zu verkaufen Mühlenstraße 89.

Neue Sophas, gut gearbeitet, von 25 Mark an zu verkaufen
Beckergrube 20.

Das Haus Alfstraße 18, welch. u. a. eine bessere Wohnung u. Kontor m. Lagerraum enthält, ist billig sofort oder später zu verkaufen.
Näheres **Karl Voss,** Holstenstraße 27.
Telephon 1169.

Auf Abzahlung
Ganze Möbelausstattungen
auch einzelne Mobilien.
H. Prüssmann & Sohn
Lübeck, Marlesgrube 23.

Neue grüne **Erbsen**
„ gelbe
„ geschälte
neue weiße Bohnen
leicht brechend,
neue Pflaumen, Kirschen, Bickbeeren.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

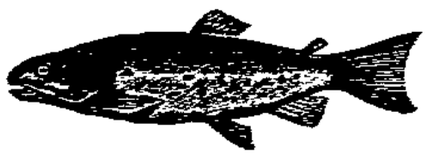
Peitschen, Kardätschen, Striegel, Drahtstifte, Stuhlsitze, Feudel, Bürsten- und Seilerwaaren
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Fertige
Herren- und Knaben-Garderoben
in modernen soliden Stoffen, sauberer Verarbeitung und elegantem Sitz halte in reichhaltiger Auswahl bestens empfohlen.
Mache noch besonders auf meine in eigener Werkstatt angefertigten **Anzüge und Paletots** aufmerksam, welche gleichfalls zu äußerst niedrigen Preisen abgebe
Neuheiten in weißen und farbigen Westen.
Cravatten. Johs. Klempau Hosenträger.
Mühlenstraße 32.

Ratzeburger Aktien-Brauerei.

Der Ausstoß unseres beliebten
Bock-Bieres
am Donnerstag den 20. December 1900.
Niederlage: **Ad. Michaelsen,** Fischstraße 7.

Quartett-Verein „Luba".
Weihnachtsfeier im Concordiagarten
mit Tannenbaum und theatralischen Aufführungen.
Zur Aufführung gelangen: **4 Einacter,** diverse Vorträge, **Nanke mit der Panke.**
Neu! **Burenlied** mit lebendem Bild: **Ohm Krüger,** verfaßt und aufgeführt von Wilh. Saueracker.
Kassenöffnung 7 Uhr. Ende 2 Uhr. Preis 30 Pfg., wofür freie Garderobe.
Es ladet hierzu freundlichst ein
Der Vorstand.


Frisch aus dem Rauch empfehle:
Feinste hiesige Bücklinge,
„ **echte Sprotten,**
„ **Aale**
Anton Knaack
Dornestraße 17, Ecke Meierstraße.
Telephon 1106.

Leere Farbetonnen
hat abzugeben
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Liebknecht's Fremdwörterbuch
in 13 Lieferungen à 20 Pfg.
Gebd. 3,20 Mk.
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 50.

Zum Weihnachtsfeste
empfiehlt
Wallnüsse, Haselnüsse, Feigen, Datteln, Traubrosinen, Tannenbaum-Cakes, Confekt u. Tannenbaumschmuck.
H. Jacobsen, Schwartau
Lübeckerstraße und Tremserlamp.

Wo ist der Neger?

Privat-Mittagstisch.
C. Kröter Wwe. Nflg., H. Bartram,
Mengstraße 42
empfiehlt
Mittagessen zu 50 Pfg.
im Abonnement Woche 3 Mk.

Ganz frische Landeier
7 Stück 60 Pfg.
H. Eckmann, Warendorpstr. 8, Ecke Glorinstr.

Selmsdorf.
Am 2. Weihnachtstage:
Tanz-Musik
wozu freundl. einladet **H. Witt.**

9. schlesw.-holst. Wahlkreis.
Statt Dienstag den 25., erst
Sonntag den 30., 11 Uhr Vorm.

Gesang-Verein „Einigkeit"
Das Weihnachts-Fest
findet am
Sonnabend den 22. December
im Lokale Neu-Lauerhof statt.
Anfang 8 Uhr.
Das Comitee.

Club Fidelitas.
Weihnachtsfeier
(Tannenbaum, Kinderbescheerung mit nachfolg. Tanzkränzchen)
am Sonntag den 23. December
in der Tivoli-Halle.
Anfang 5 Uhr. Einführung gestattet.
Der Vorstand.

Stadt-Theater.
Freitag den 21. December:
63. Abonnem.-Vorstell. 12. Freitags-Abonn.
Mit glänzender Ausstattung.
Die Zauberflöte.
Sonnabend den 22. December:
Zum ersten Male.
Der Kinder Weihnachtstraum.
(Aschenbrödel).

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 297. Freitag, den 21. Dezember 1900. 7. Jahrgang.

Der jüngste politische Meineidsprozeß in Magdeburg

hat, wie schon erwähnt, leider wieder mit der Verurtheilung des Angeklagten, des Bauarbeiters Schulze aus Diesdorf geendet. Wir geben noch kurz Einiges aus den Plaidoyers des Staatsanwalts und des Vertheidigers.

Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig unter Ausschluß von Milderungsgründen. Aus allen öffentlichen und privaten Handlungen des Angeklagten gehe hervor, daß er nicht nur vor der Wahl von 1898, sondern auch nach derselben Sozialdemokrat gewesen sei und sich auch als solcher betrachtet habe. Dagegen sei ihm nicht bewiesen, daß er bei dem Fest in Neuhaldensleben die Rede Singers mit angehört habe, wohl aber, daß er sehr wohl gewußt habe, daß derselbe dort sprechen werde, bezw. gesprochen habe, und daß sozialdemokratische Sachen dort zur Sprache gekommen seien. Ganz gleich sei es dabei, ob diese Thatsachen vor oder erst nach dem Fest zu seiner Kenntniß gelangt wären, jedenfalls seien sie ihm am 6. Dezember, als er den Eid leistete, bereits bekannt gewesen. Schulze hätte sich nun und nimmer der Gefahr einer Strafverfolgung aussetzen können, wenn er zugegeben hätte, Sozialdemokrat zu sein. Er habe seine Partei eben aus Feigheit verleugnet, wie er ja, wie aus den Gründen eines früher gegen ihn ergangenen Urtheils hervorgehe, den Muth der Wahrheit nicht besitze und zu bewußten Unwahrheiten greife.

Der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Böcker begann seine Ausführungen mit der Ermahnung der Geschworenen, in diesem Falle, wo die Gefahr nahe liege, daß die Meinungen von Antipathie gegen den, wie er gern zugebe, wenig sympathischen Angeklagten beeinflußt werden könnten, besonders genau zu prüfen, auf welcher Seite das Recht liege. Er selbst — Redner — sei ein politischer Gegner der Sozialdemokratie und bange gerade aus diesem Grunde vor dem Schaden, den ein Fehlspruch anrichten könne, denn das Fundament unseres Staates beruhe auf der Gerechtigkeit. Er könne sich während der Verhandlung eines widerwärtigen Gefühles nicht erwehren, denn das, was gegen Schulze betrieben worden wäre, sei nichts anderes als Inquisition. Wie vor Jahrhunderten die kirchlichen Inquisitoren die Seele des Menschen gleichsam auf den Tisch gelegt und in ihr gewühlt hätten, um festzustellen, glaubst du an Gott? oder glaubst du nicht an ihn? und: aber wenn du an ihn glaubst, thust du es auch nach denselben Regeln wie wir? so hätte das Gericht sich bemüht, das politische Glaubensbekenntniß des Angeklagten zu ergründen. Es sei aber ganz ohne Interesse für die Entscheidung des Falles, was der Angeklagte innerlich gedacht, oder welche politische Meinung er gehabt habe, denn kein Zeuge brauche über seine Gefühle Auskunft zu geben. Die Frage an den damaligen Zeugen, heutigen Angeklagten, sei unzulässig gewesen und für ihre falsche Beantwortung könne er strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden, denn sie falle nicht unter seine Zeugenpflicht. Die Frage an Schulze: Sind Sie Sozialdemokrat? hätte nur dann ihre Berechtigung gehabt, wenn es gesetzlich oder mindestens durch die Erfahrung der Gerichte festgelegt wäre, daß Sozialdemokrat sein die Glaubwürdigkeit eines Menschen beeinträchtige. Der Vertheidiger führte dann Stellen aus Erkenntnissen des Reichsgerichts an, die für seine Annahme, Schulzes Auskunft über sein politisches Glaubensbekenntniß sei nicht als Zeugniß anzusehen, sprechen. Der Angeklagte habe nun auch gesagt, er wolle sich erst mit den Ansichten der Sozialdemokratie bekannt machen. Nun ja, wie wolle man ihm denn beweisen, daß er sie schon gekannt habe? Durch sein Vorleben gewiß nicht. Er sei früher Mitglied eines rein politischen Arbeitervereins gewesen, als er da aber nur habe zahlen sollen, ohne sofort greifbare Vortheile zu sehen, sei er ausgeschieden und sei einem Fachverbande beigetreten, von dem er eher Besserung seiner wirthschaftlichen Lage erwarten konnte. Schulze sei ein Mitläufer, aber nie ein überzeugter Sozialdemokrat gewesen. Nun zeuge es von Bescheidenheit und Selbsterkenntniß, wenn er gesagt habe: „Ich will erst die Ansichten der Sozialdemokraten kennen lernen.“ Niemand könne dem Angeklagten beweisen, daß er sich am 6. Dezember als zur Sozialdemokratie gehörig betrachtet habe. Was nun den zweiten Punkt der Aussage betreffe, so habe Schulze entschieden die Wahrheit gesagt, denn er sei nicht gefragt worden, was ihm andere Personen von dem Feste erzählt hätten, sondern was er selbst davon wisse, also was er selbst wahrgenommen habe, und er selbst hätte weder die Rede Singers gehört, noch bemerkt, daß sozialdemokratische Sachen erörtert seien. Der Vertheidiger beantragte daher in erster Linie Freisprechung, event. aber Zubilligung des Milderungsgrundes.

Die Geschworenen bejahten dagegen die Schuldfrage wegen wissentlichen Meineides, billigten aber den Milderungsgrund aus § 157 des Strafgesetzbuches zu. Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr Gefängniß und 3 Jahre Ehrverlust, unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft. Bei Abmessung der Strafe kam mildernd in Betracht, daß der Angeklagte bisher noch fast unbescholten war und ein Schaden durch die Ableistung des Eides nicht entstanden ist, strafschärfend dagegen die „Frechheit“, mit der der Angeklagte abgeleugnet habe, Sozialdemokrat zu sein, obwohl er als solcher hervorragend thätig gewesen und im öffentlichen Leben hervorgetreten sei.

Der Angeklagte erklärte, sich bei dem Urtheil nicht zu beruhigen und Revision einlegen zu wollen.

Dieses Urtheil ignorirt die Thatsache, daß Schulze sich längst von der Sozialdemokratie abgemeldet hatte, wodurch er selbstverständlich auch das Recht verlor, sich Sozialdemokrat zu nennen. Es ist also noch einige schwache Hoffnung vorhanden, daß das Urtheil vom Reichsgericht aufgehoben werden wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ueber das neueste deutsche Panama, das bekanntlich ein alldeutsches Leipziger Blatt aufgedeckt hat, hüllen sich die Betheiligten noch immer in Schweigen. Die „Leipz. N. Nachr.“ haben es bisher noch nicht für nöthig gehalten, weitere Aufklärungen zu geben. Man tappt deshalb immer noch im Dunkeln, wer in Köln die 1 200 000 Mk. und in Berlin die 7 000 000 Mk. von der De Beers-Kompagnie erhalten hat, um Stimmung für die Rhodesclique gegen das Burenvolk zu machen. Die konservative „Schles. Ztg.“, die sich ebenfalls mit der Enthüllung des Leipziger alldeutschen Blattes beschäftigt, wartet nun noch mit einer neuen Enthüllung auf. Das Blatt schreibt zu der brennend gewordenen Frage englischer Bestechungen:

„Geradezu erstaunlich ist es, daß die Briten dem Dr. Leyds Bestechungen in großem Stile vorwerfen. Dabei braucht man gar nicht die Frage aufzuwerfen, ob er wohl die Mittel dazu hatte. Dieser Vorwurf ist um so kühner, als das Bestechungswesen in England so ausgebildet ist, wie in Rom zur Kaiserzeit. Die Bestechungen umfassen nicht nur alle Stände bis in sehr hohe Kreise hinauf, sondern gehen weit über die Grenzen des Königreichs hinaus. Vor einigen Jahren stellten sich auf einmal eine große Zahl französischer Zeitungen auf den britischen Standpunkt, während das französische Volk durchaus Sympathien für die Buren kundgab. Das englische Gold hatte seine Wanderung über den Kanal angetreten, die Wirkung war augenscheinlich. Welches ungeheuere Bestechungssystem C. Rhodes ausgeübt hat, nicht nur in England, sondern namentlich auch auf dem Kontinente und in Südafrika, dafür sind zahlreiche Beweise vorhanden aus südafrikanischen und amerikanischen Zeitungen.“

Auch die Angaben der „Schles. Ztg.“ sind leider zu unbestimmt, als daß sich damit etwas anfangen ließe. Vielleicht erfährt man aber bald Näheres darüber aus London.

Den Vorstoß des Abg. Heyl von Hernsheim für eine Erhöhung der Tabaksteuer hatten einzelne nationalliberale Blätter in Abrede zu stellen gesucht. Demgegenüber schreibt der ebenfalls nationalliberale Syndikus des deutschen Tabakvereins, Jos. Schloßmacher, an die „Wormser Zeitung“:

Herr v. Heyl hat es in der Landes-Parteiversammlung, entgegen Ihrer Behauptung, als seine Absicht und eine Pflicht der nationalliberalen Partei bezeichnet, eine Erhöhung des Tabakzolles herbeizuführen. Dies war jedenfalls der Sinn seiner Ausführungen, welche ich mir in der Versammlung in der Rosenau zu Frankfurt a. M. sofort notirt habe, um ihm an der Hand meiner Notizen alsbald entgegen zu treten. Dies ist auch geschehen, und Herr von Heyl hat jedenfalls meiner ausdrücklichen Annahme, daß er die nationalliberale Partei des Reichstages veranlassen werde, einen Antrag auf Erhöhung des Tabakzolles einzubringen, mit keinem Wort widersprochen. Im Gegentheil! Als ich ihm in meiner Entgegnung zu bedenken gab, daß dieser Antrag bei unseren sehr zahlreichen Parteigenossen innerhalb des deutschen Tabakgewerbes und insbesondere Westfalens böses Blut machen und unserer Partei sehr viel Abbruch thun werde, hat er mir erwidert, er werde sich von der Stellung dieses Antrages nicht abhalten lassen, „selbst auf die Gefahr hin, daß in Westfalen eine Revolution ausbrechen würde.“

Also eher eine Revolution, ehe Herr von Heyl als erfolgreicher Tabakpflanzer von dem Versuch einer Zollerhöhung absteht. Man kann Herrn Schloßmacher dankbar für die Veröffentlichung dieser Aeußerung seines Parteigenossen sein, denn sie läßt einen hübschen Einblick in die Denk- und Sinnesweise des Sozialpolitikers von Heyl zu.

Ueber die Lebensmittelvertheuerung durch Zölle und indirekte Steuern stellt Professor Conrad folgende Berechnung an: Eine Arbeiterfamilie in der Stadt von 6 Köpfen zahlt allein in Folge der Getreidezölle durchschnittlich 11—13 Mk. jährlich. Nimmt man den Verdienst auf 900 Mk. an, wovon 600 Mk. als Existenzminimum anzusehen sind, so zahlt dieselbe hierin allein über 1,5 pCt. des Einkommens, aber 5 pCt. des freien Einkommens. Da nun außerdem der Arbeiter in Deutschland noch für Petroleum, Kaffee, Schmalz und Fleisch, auf Heringe, Tabak, ganz abgesehen von dem Zoll auf Baumwollen- und Wollenwaaren, Zoll zu zahlen hat, so erhöht sich der Zoll auf 6 Mk. pro Kopf, und rechnet man die Salz- und Getränkesteuer hinzu, so ergiebt sich ein Uebermaß der Steuerbelastung für die unteren Klassen durch die indirekten Steuern, welche durch den Getreidezoll in ganz bedeutendem Maße gesteigert wird. — Weiterhin führt Professor Conrad aus: „Die Kaufkraft des Lohnes des einfachen Arbeiters wird durch die Belastung mit dem Getreidezoll verringert, was namentlich gegenüber dem Ausland auch in der Zeit in's Gewicht fällt, wo ein allgemeiner Preisrückgang den Zoll einigermaßen ausgleicht. Ein neu aufgelegter Zoll wird deshalb gleichbedeutend mit einer entsprechenden Lohnreduktion sein, und die Erfahrung hat gelehrt, daß es einer längeren Zeit und für den Arbeiter günstiger Konjunkturen bedarf, um eine Lohnerhöhung für den Arbeiter zu erwirken und dieses auszugleichen. Nur auf Grund harter Kämpfe und vieler Entbehrungen ist eine solche Ausgleichung zu bewirken.“

Im Banne der „göttlichen“ Weltordnung.

Roman aus der Gegenwart von W. Braunsdorf.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Anton bekam auch manches inhaltreiche Paketchen aus der Heimath, nicht von der Mutter, denn diese war ja selbst unterstützungsbedürftig, aber von Margarethe, insgeheim und hinter dem Rücken ihres Vaters natürlich, doch pflegte er den Inhalt mitleidig mit anderen Leidensgenossen zu theilen. Das verdroß aber verschiedene „Erzieher im Waffenrock“ ganz gewaltig.

Anton benahm sich überhaupt zu sehr als Mensch und und trug den Kopf hoch; aus seinem Wesen sprach ein stolzes Vertrauen auf sich, ein gewisses Selbstgefühl, das ein Soldat nicht haben darf und das daher gedemüthigt werden mußte. Als Anton einmal von seinem Rechte Gebrauch machte und sich über erlittene Mißhandlungen beschwerte, erhielt der Unteroffizier zwar eintägigen Arrest, aber Anton hatte es damit vollends bei ihm und anderen Vorgesetzten verdorben. Täglich klangen ihm die Titulaturen „Lump!“, „ehrloser Kerl!“ u. s. w. in die Ohren, „er sei eine Schande für die ganze Kompagnie“, hieß es. Das Nachexerzieren, die Strafwachen und der Arrest nahmen kein Ende, obwohl er sich nichts zu Schulden kommen ließ. Er knirschte mit den Zähnen, aber er ertrug schweigend und geduldig diese Behandlung.

Eines Tages aber — es war ein dienstfreier Tag — kam sein Quälgeist gegen Mittag stark betrunken aus der Kantine. Anton hatte sich, von den harten Strapazen der voraufgegangenen Tage ermüdet, auf das Bett gelegt und war eingeschlummert.

„Was?“ schrie der Unteroffizier wild, „der miserable Saukerl untersteht sich, alle vier von sich zu strecken, wie ein verreckender Hund, und hat jeden Tag den Parademarsch wie ein Schwein gemacht! Heraus aus dem Nest, Du Mistfink!“

Anton hielt es für das Klügere, dem Betrunkenen zu gehorchen und erhob sich. Eben rief das Signal die Soldaten nach der Küche, das Mittagessen in Empfang zu nehmen. Als Anton mit seiner Blechschüssel zurückkehrte, hieß ihn sein Peiniger die volle Dienstausrüstung anlegen und die Pickelhaube aufsetzen.

„So, auf diesem Strich machst Du mir nun den Parademarsch im Kreise, mit Deinem Napf in der Hand, und frißt auf Kommando, und wenn Du über diesen Strich hinaustrittst, schlage ich Dir die Knochen entzwei!“ rief der Betrunkene und zog mit Kreide einen großen Kreis auf dem Fußboden. Die Augen Antons schossen Zornesblitze, aber noch beherrschte er sich und kam dem Befehle nach. Allein, das Essen war noch siedend heiß und Anton verbrannte sich die Mundhöhle.

Der Unteroffizier lachte wiehernd auf, als den Lippen Antons ein unterdrückter Schmerzenslaut entfuhr und die Soldaten lachten aus Liebedienerei mit. Als Anton nicht weiter aß, schrie der Unteroffizier:

„Wie, was, Du Hund willst nicht? Und mit diesen krummen Knieen wagst Du vor meinen Augen zu marschiren? Willst Du wohl die Knie durchdrücken?“

Mit diesen Worten führte er einen Fußtritt gegen Anton, daß dieser vor Schmerz unwillkürlich aufschrie.

„Und jetzt werde ich Dich fressen lehren!“ Damit riß er ihm den Löffel aus der Hand, zwei Soldaten mußten Anton halten und der brutale Mensch schickte sich an, dem Opfer seiner rohen Willkür die heiße Speise mit Gewalt in den Mund zu füllen.

Da war es mit der Selbstbeherrschung Antons vorüber. Mit wild flammenden Augen, hochroth vor Empörung, warf er die Kameraden zur Seite und im nächsten Augenblick erhielt der unmenschliche Peiniger einen Faustschlag, daß er zurücktaumelte.

Das „schwere Verbrechen“ war geschehen und verlangte Sühne.

Anton wurde, weil er sehr gereizt worden war, zu nur einem Jahre Festung verurtheilt und zur zweiten Klasse degradirt.

Der Unteroffizier erhielt acht Tage Arrest und konnte nachdem seine Unthaten an Anderen fortsetzen.

Als die Nachricht von der Verurtheilung nach Weinfelden gelangte, wurde Anton von seinen Freunden lebhaft bedauert; seine Mutter weinte bittere Thränen und der unsägliche Jammer zog ihr ein Brustleiden zu. Jetzt war Antons Dienstzeit vorüber und heute Abend wollte er in der Heimath eintreffen, wo drei Menschen ihn in Liebe und heißer Sehnsucht erwarteten.

Resi war nicht die leibliche Tochter der Mutter Ursel, sondern ihre Pflegetochter und Nichte.

Helene, die Schwester Ursels, war wohl ein heiteres und lebenslustiges, aber kein leichtsinniges Mädchen gewesen.

Es wußte Niemand recht, wie es gekommen war, daß sich ein Unlauterer in ihr Herz geschmeichelt, sie mit süßen Verlockungen bethört, betrogen und der Schande überliefert hatte.

Helene wurde Mutter, starb aber im Wochenbett. Sie hatte sich nicht entschließen können, den gewissenlosen Verführer zu nennen, hartnäckig hatte sie jede Auskunft verweigert und das Geheimniß auch mit in's Grab genommen.

Die Hager'schen Eheleute nahmen sich des armen, unschuldigen Kindes liebevoll an und betrachteten es als ihr eigenes.

So wuchs Resi mit dem älteren Anton auf und als sie vierzehn Jahre zählte, kam eines Tages der reiche Reinhart und fragte sie, ob sie bei ihm in Dienst treten wolle, er könne eben ein solch kräftiges und tüchtiges Mädchen in seiner Wirthschaft brauchen. Mutter Ursel glaubte aber, das Gewissen des reichen Mannes habe sich geregt, er empfinde

Dem Bundesrath ist der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Approbation als Arzt zugegangen. Die Vorlage soll an Stelle der Bekanntmachung über die ärztliche Prüfung vom 2. Juni 1883 treten, deren § 2 lautet: „Die Approbation wird demjenigen ertheilt, welcher die ärztliche Prüfung vollständig bestanden hat.“ Diese Fassung soll durch folgende neu ersetzt werden: „Die Approbation wird demjenigen ertheilt, welcher die ärztliche Prüfung vollständig bestanden und den Bestimmungen über das praktische Jahr entsprochen hat. Der ärztlichen Prüfung hat die Ablegung der ärztlichen Vorprüfung vorherzugehen. Die Zulassung zu den Prüfungen und zum praktischen Jahre sowie die Ertheilung der Approbation sind zu versagen, wenn schwere strafrechtliche oder sittliche Verfehlungen vorliegen.“

Deutschland, England und Transvaal. Die „Nieuwe Rotterdam'sche Courant“ ist ermächtigt, gegenüber der letzten Rede Bülows Namens der Herren Leyds, Wolmarans und Grobber Folgendes zu erklären: Leyds sei noch am 29. Mai 1899 in der Lage gewesen, von Berlin nach Pretoria telegraphiren zu können, daß ein Gespräch mit Bülow ihm bewiesen habe, daß Transvaal noch immer die Freundschaft Deutschlands genieße, wenngleich im Kriegsfall nicht auf seine Hülfe zu rechnen sei. Bülow habe ihm gerathen, soweit nachzugeben, wie es mit der Unabhängigkeit der Republik zu vereinigen sei. Am 17. Juni erhielt Leyds, der sich in Paris befand, von dem dortigen holländischen Gesandten die Mittheilung, daß einige im Haag zur Konferenz versammelte hohe Diplomaten Krüger anriethen, die Vermittlung Mac Kinley's anzurufen. Die Anregung lehnte Krüger damals ab, da er im Begriff stand, die weitgehendsten Konzessionen an England zu machen und eine Intervention deshalb für überflüssig hielt, sogar für schädlich, da Milner in Blumfontein Krüger gesagt hätte, daß England in dem wichtigsten Streitpunkt, der Wahlfrage, durchaus keinen ausländischen Schiedsspruch zugestehen könne. Später, als die Hoffnung auf eine friedliche Lösung schwand, habe Transvaal zweimal die Vermittlung Amerikas nachgesucht. Was die Reise Krügers nach Berlin betrifft, so theilt Leyds Folgendes mit, Richthofen hätte durch die deutsche Botschaft in Paris ihn lediglich wissen lassen, daß er nicht dafür einstehen könne, daß der Kaiser bei der Ankunft des Präsidenten in Berlin sein werde. Erst in Köln wurde der Präsident ersucht, die Reise nach Berlin aufzugeben. In einer Unterhaltung mit dem bekannten englischen Journalisten Stead äußerte Krüger Sonnabend, daß er jetzt und stets für ein Schiedsgericht gewesen sei.

Eine neue Bäckereiverordnung. Die „Bäcker-Ztg.“ veröffentlicht den Entwurf einer neuen Bäckereiverordnung, die dem Bundesrathe zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

„§ 1. Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer als ein halbes Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen. § 2. Die Arbeitsräume müssen mindestens 3 Meter hoch und mit Fenstern versehen sein, welche nach Zahl und Größe genügen, um für alle Theile der Räume Licht und Luft in ausreichendem Maße zu gewähren. Die Fenster müssen so eingerichtet sein, daß sie zum Zwecke der Lüftung ausreichend geöffnet werden können. § 4. Die Arbeitsräume dürfen nicht in unmittelbar Verbindung mit den Bedürfnißanstalten stehen. Die Abzugsrohre der Ausgüsse und Klosetts dürfen nicht durch die Arbeitsräume geführt werden. § 6. Die Zahl der in jedem Arbeitsraume beschäftigten Personen muß so bemessen sein, daß auf jede wenigstens 15 Kubikmeter Luftraum entfallen. — In Fällen weitergehenden außerordentlichen Bedarfs und an den Vorabenden der Sonn- und Festtage ist eine dichtere Belegung der Arbeitsräume gestattet, jedoch mit der Maßgabe, daß wenigstens 10 Kubikmeter Luftraum auf die Person entfallen müssen. § 7. Die Temperatur in den Arbeitsräumen darf 35 Grad Celsius nicht übersteigen. In jedem Arbeitsraum, mit Ausnahme der Mehlkammer, ist ein Thermometer anzubringen. § 8. Den Arbeitern muß Gelegenheit gegeben werden, sich umzukleiden und zu waschen. Die hierfür bestimmten Räumlichkeiten müssen für die Zahl der beschäftigten Arbeiter genügend groß, von den Arbeitsräumen aus zugfrei zu erreichen sowie während der kalten Jahreszeit geheizt sein. Die Arbeitsräume dürfen zu anderen, mit dem ordnungsmäßigen Betriebe nicht zu vereinbarenden Zwecken, insbesondere als Wasch-, Schlaf- oder Wohnräume, nicht benutzt werden. § 15. In jedem Arbeitsraum ist ein von der Ortspolizeibehörde zur Bestätigung der Richtigkeit seines Inhalts unterzeichneter Aushang anzubringen, aus dem ersichtlich ist: a) die Länge, Breite und Höhe des Raumes, b) der Inhalt des Luftraumes in Kubikmetern, c) die Zahl der Personen, die nach § 6 in den Arbeitsräumen beschäftigt werden darf. § 16. Die Schlafräume der Gehülfen und Lehrlinge dürfen nicht in solcher Nähe zum Backofen liegen, daß in ihnen eine übermäßige Hitze herrscht. Auch dürfen sie nicht in unmittelbarer Verbindung mit den Bedürfnißanstalten stehen.“

Diese Verordnung will eine dringend nothwendige Regelung der hygieinischen Verhältnisse in den Bäckereien von ganz Deutschland herbeiführen, während bisher derartige Verordnungen unseres Wissens nur in Lübeck und Hamburg existiren. Ihre Annahme durch den Reichstag wäre deshalb zu begrüßen. An der bisher gültigen Bäckereiverordnung, welche die Arbeitszeit der Gehülfen und Lehrlinge regelt, würde der Vorschlag übrigens nichts ändern.

Belgien.

Der Kampf um die Spielhöllen. Schon seit vierzehn Tagen diskutirt die belgische Kammer einen Gesetzentwurf über die Spielhöllen. Belgien ist, neben Monaco, das einzige europäische Land, wo das Hazardspiel noch erlaubt ist. So lange dieses sich noch auf Spa, die weltberühmte Roulette-Stadt, beschränkte, ward dies gewissermaßen als ein erworbenes Recht betrachtet; aber schon seit einigen Jahren blieb es nicht mehr bei Spa. Ostende hat schon seit vielen Jahren sein Spielkasino und seit zehn Jahren hat man solche gegründet in Namur, Dinant, Thuin und an anderen Orten. Das gesetzliche Verbot ward ziemlich einstimmig als nothwendig anerkannt, aber zwei Mächte sträubten sich, es anzuerkennen. Erstens der König, der nebst vielen anderen edlen Dingen auch das Spiel in Schutz nimmt; dann aber die allgemeine Ueberzeugung, daß man die neuen Spielhöllen Namur, Thuin u. s. w. nicht unterdrücken konnte, ohne auch die von Spa und Ostende zu treffen. Dort aber spielt alles, was Belgien an blauem Blut besitzt. Wie sollen diese Leute dem Vaterlande erhalten bleiben, wenn sie nicht mehr die Roulette haben? Der katholische Justizminister Lejeune hat schon sein Ministerdasein vollendet, weil er die Spielhöllen ausrotten wollte. Aber die Wähler sandten den tüchtigen Juristen Lejeune in den Senat. Dort hat er es nach Jahren des Kampfes endlich so weit gebracht, daß der Senat einen Gesetzentwurf zum Verbot der Spielhäuser annahm, aber mit der Beifügung, daß für Spa und Ostende eine Ausnahme zu machen sei. Schon seit vierzehn Tagen diskutirt man nun in der Kammer über diesen Gesetzentwurf, kommt aber nicht weiter; denn die Mehrheit will das Privilegium von Spa und Ostende streichen und das will die Regierung mit einem Theil ihrer Partei nicht. Darum hat die Kammer an dieses Gesetz schon viermal mehr Zeit verschwendet, als sie an die Altersversicherung für die Arbeiter gewendet hat, und noch ist das Ende nicht abzusehen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Straßenbahner von St. Etienne (Frankreich) dauert noch immer fort. Wie wir bereits mittheilten, hat der Bürgermeister die Einstellung des Betriebs verfügt, da die Führung der elektrischen Wagen durch die Arbeitswilligen für das Publikum gefährlich erschien. Die Streikenden haben in einer stark besuchten Versammlung am Sonntag beschlossen, den Bürgermeister und den Präfekten zu ersuchen, bei dieser Weigerung (den Betrieb freizugeben) zu verharren. Sie haben den sozialistischen Abgeordneten Coutant mit dieser Mission betraut: außerdem soll ein neuer Versuch gemacht werden, Verhandlungen mit der Direktion anzubahnen.

Lohnkürzung als Weihnachtsbescherung. Den Arbeitern der Niederrheinischen Hütte in Duisburg wurden die Löhne mit Ausnahme derjenigen der Hochofenarbeiter um 10 pCt. herabgesetzt. Etwa 1000 Arbeiter werden von dieser Lohnkürzung betroffen.

Die Magdeburger Eisenbahndirektion hat ihren Arbeitern durch Anschlag in sämmtlichen Arbeitsräumen verboten, dem Verband der Eisenbahner Deutschlands beizutreten resp. anzugehören. Die Arbeiter haben durch ihre Unterschrift bestätigen müssen, daß sie die in den gemeinsamen Bestimmungen enthaltenen Paragraphen über die Zugehörigkeit zu staatsgefährlichen Vereinen kennen. Diese Paragraphen sind selbstverständlich nicht anwendbar auf den Verband der Eisenbahner Deutschlands, da dieser Verband keineswegs zu den „staatsgefährlichen Vereinen“ gerechnet werden kann. Der Verband der Eisenbahner ist eine Gewerkschaftsorganisation, die niemals staatsgefährlich sein kann. Die Eisenbahner können daher trotz ihrer Unterschrift mit ruhigem Gewissen dem Verbande beitreten oder ihm weiter angehören. Eine unter einem Zwange erfolgte Unterschrift verpflichtet zu nichts; wer seine Leute zur Unterschrift eines Ukases, der ungerechtfertigte Bestimmungen enthält, zwingt, verdient auch, daß er getäuscht wird, indem man den Ukas unterschreibt, um Maßregelungen vorzubeugen, dabei aber trotzdem im Verband bleibt.

Die Gewerbegerichtswahl in der Textilgruppe in Krefeld hat mit einem Sieg der Kandidaten des Gewerkschaftskartells geendet. Es erhielten Stimmen unsere Kandidaten zirka 1500 und die vereinigten Gegner zirka 1400.

In Harthau i. Erzg., wo unsere Genossen, wie schon berichtet, große Erfolge erzielten, hat man sofort nach der Wahl in einer Sitzung die Einführung eines Vierklassensystems beschlossen, noch ehe die Neugewählten ihr Amt antreten konnten.

Das internationale sozialistische Sekretariat in Brüssel hat sich definitiv konstituirt. Die Delegirten der meisten europäischen Länder sind bereis ernannt; diejenigen der überseeischen Länder werden in wenigen Wochen bezeichnet sein. Sitz des Bureaus ist das Maison du Peuple, rue Joseph Stephens, Bruxelles. Die Ernennung von Victor Servy als Sekretär ist von den verschiedenen Nationalitäten und außerdem vom belgischen Parteikongreß am 18. November bestätigt worden. Ferner ist der Entsendung Anseeles und Vandervelde zugestimmt worden. Anseele ist zum Kassirer bestimmt worden; seine Adresse ist: Edouard Anseele, rue du Jambon, Gand (Gent); diesem sollen die Beiträge zu den Kosten des Sekretariats übermittelt werden.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Bei dem Abbruch eines alten Hauses in Posen stürzte das Gewölbe ein, wobei sechs Arbeiter verschüttet wurden. Der Feuerwehr gelang es, alle Verschütteten wieder herauszubefördern; Einer ist todt, die Uebrigen sind minder schwer verletzt. — Ein Zechpreller mit gesegnetem Appetit, ein Berliner Kommis, hat in Leipzig eine Gastrolle gegeben. Er kehrte dort in ein Lokal ein und verzehrte in verhältnißmäßig kurzer Zeit acht Portionen Essen, trank während der Mahlzeiten 11 Flaschen Wein, 11 Tassen Kakao und rauchte 13 Cigarren. Als er die über 60 Mk. betragende Zeche berichtigen sollte, stellte es sich heraus, daß er nicht einen Pfennig Geld bei sich hatte. Der Wirth ließ einen Schutzmann herbeiholen, welcher den mit einem so ausgezeichneten Appetit ausgerüsteten Zechpreller zur Haft brachte. — Die auf dem Rittergute Klein-Schlaitdorf bei Lunzenau (Sachsen) bedienstete 18jährige Marie Kohl, aus Oschatz gebürtig, die jeden Morgen auf einem kleinen Wagen Milch aus Lunzenau brachte, ist am Sonntag früh 7 Uhr in der Sandgrube des Biesigwaldes ermordet aufgefunden worden. Der Mörder ist entkommen. Seit Anfang Oktober ist dies der dritte Mädchenüberfall in derselben Gegend. Während zwei der Opfer unter den Händen anscheinend ein und desselben Thäters ihr Leben lassen mußten, kam das eine mit einem nicht lebensgefährlichen Stich in die Brust davon. Bei allen drei Blutthaten ist der Thäter entkommen. — Ein neuer Sparkassenkrach wird aus Sachsen gemeldet. Auf den Sparvereinskrach in Aue folgt ein solcher der Dittrich'schen Sparkasse in Annaberg. Man spricht von Passiven von 150 000—200 000 Mark., für die aus Mitteln der Kasse Deckung nicht vorhanden ist. — In das Untersuchungsgefängniß in Würzburg wurde der Rechtsanwalt Schott aus Marktbreit ein-

---

Reue um seiner schändlichen Handlungsweise und wolle nun durch freundliche Annäherung wenigstens der Erinnerung an die damaligen Ereignisse den herben Stachel nehmen.

Resi zog in das Haus Reinharts und es war gewiß recht auffallend, daß sie, im Gegensatz zu den übrigen Dienstboten, von ihm viel humaner und freundlicher behandelt wurde.

Der Haß und Abscheu, der in der Mutter und ihrem Sohn gegen Reinhart wurzelte, konnte dadurch freilich keine Einbuße erleiden.

Anton hätte dem grausamen Mann seine tödtlichste Feindschaft gewiß in der empfindlichsten Weise fühlen lassen, aber er hatte einen gewissen Umstand zu berücksichtigen, so daß er sich mit dem Ausdruck der tiefsten Verachtung begnügte. Er hatte schon oftmals diese Rücksicht verwünscht, die er sich auferlegen mußte, eine Rücksicht, welche seine heiße, innige und glühend erwiderte Liebe zu der Tochter seines Feindes forderte.

Es war ein merkwürdiges Liebesverhältniß, zumal unter den obwaltenden Umständen sehr wenig Aussicht war, daß es zu einem Bunde für's Leben führen werde und beide Theile sich dessen mit Wehmuth bewußt waren.

Er, der blutarme, verachtete, jetzt sogar mit einer entehrenden Militärstrafe begastete Arbeiter, und sie, die hoffnungsvolle Tochter eines reichen, besitzstolzen und hochmüthigen Großgrundbesitzers — diese soziale Klust war, wenn nicht außergewöhnliche Ereignisse und Glückszufälle helfend eingriffen, unüberbrückbar.

Die Geschichte ihrer Liebe war fast so alt als ihr Dasein. Seit der frühesten Jugend war der kleine muthige, um einige Jahre ältere Anton der Freund, Beschützer und Spielgefährte Margarethes gewesen. Gemeinsam durchstreiften sie als Kinder Wald und Feld und ihre kindlichen Empfindungen und frühzeitig ziemlich klar gereiften Anschauungen gingen gleichsam miteinander auf. Mit den Jahren erwuchs zwischen ihnen eine warme und aufrichtige Herzensneigung, die keine Gewalt trennen konnte. Die Liebe zur Natur und zur Wahrheit und ein gewisser Ernst des Charakters, der sie Beide von anderen Jugendgespielen trennte, verband sie noch inniger.

Diese Beziehungen und Empfindungen konnten durch den jähen sozialen Lebenswechsel der beiderseitigen Eltern und den Sturm der Zeit in nichts verändert werden, wenn sich die Liebenden im persönlichen Verkehr auch Vieles entsagen, sich nothgedrungen den strengen Verhältnissen unterwerfen mußten und nur im Geheimen sich sehen und sprechen konnten.

Aber eben gerade diese Zwangslage hatte die Neigungen nur noch stärker entfacht und die Herzen um so fester verbunden.

„Ach, der böse Husten und dies Reißen in den Gliedern. Es wird zu Ende gehen mit mir, Resi, ich fühle es — was liegt auch noch an meinem Leben?“ stöhnte die Alte, als sie am Feuer saß.

„Sprich nicht so, Mütterchen, rief das junge Mädchen betrübt, „es wird wieder besser werden, der Winter ist vorüber und wenn Anton hier ist und für Dich sorgen kann, wirst Du Dich bald wieder erholen. Du weißt, daß ich, um Dich zu pflegen, Reinharts Dienst verlassen wollte, aber er ließ mich ja nicht fort, weil ich mich bei ihm auf eine bestimmte Zeit fest verdungen habe. Reinhart ist ja sonst gut gegen mich, aber in diesem Punkte unbarmherzig hart.“

„Ja, hart ist er und grausam. Jetzt sitzt er im Ueberfluß und fragt nicht, wie denen zu Muthe ist, die hungern müssen und froh sein können, Arbeit zu bekommen. Ist das eine Welt heute! An Reinhart darf ich erst gar nicht mehr denken.“

Es lag eine scharfe Bitterkeit in ihren Worten, daß man erkennen konnte, welche Gefühlskämpfe die Lebenserfahrungen in der alten Frau entfesselt hatten.

„Wo nur Anton bleibt — daß auch er mir noch solch' schweres Leid zufügen mußte.“

„Ich glaubte ihn bereits anzutreffen. Aber klage den Anton nicht an, Mütterchen; er hatte sich gegen seinen Unteroffizier vergangen und mußte Strafe leiden, ob gerecht oder ungerecht, danach fragt die Welt nicht. Die Behandlung, die er hatte erdulden müssen, muß aber geradezu unmenschlich gewesen sein, daß er sich zu dieser Unbesonnenheit hinreißen ließ, den Quäler zu züchtigen. Heute kommt er, er hat es überstanden, und damit ist Alles wieder gut. Geh' nun nicht weiter Deinen trüben Gedanken nach, Mütterchen, wir wollen heute einmal fröhlich sein und wieder auf glücklichere Tage hoffen. Morgen ist Ostern. Margarethe hat hier einige Erfrischungen für Dich eingepackt — Du weißt, es kommt aus gutem Herzen.“

Resi schob eifrig den kleinen Tisch vor Mutter Ursel hin und begann, den Inhalt des Körbchens auszupacken: duftenden Festkuchen, Eier, zwei Flaschen guten süßen Weines und andere Erfrischungen.

„Das wird Dich kräftigen.“

Mit diesen Worten goß das junge Mädchen von dem perlenden Rebensaft in ein Glas.

Mutter Ursel saß mit gefalteten Händen und ihre welken Züge verklärten sich.

„Die Margarethe ist ein herzensguter Engel, könnte ich es ihr je vergelten, was sie an mir thut. Man sollte meinen, sie könne gar nicht das Kind dieses Reinhart sein. Aber es will mir nicht in den Kopf, daß das Mädchen noch immer so fest an Anton hängt, was soll aus der ganzen unseligen Geschichte werden? Ich fürchte, es wird zu nichts Gutem führen, an eine Heirath ist ja doch gar nicht zu denken. Sie sollte sich den Anton doch lieber aus dem Sinn schlagen. Dieser würde sich gewiß in das Unvermeidliche fügen und sie bald vergessen lernen.“

(Fortsetzung folgt.)

geliefert, der vor vier Wochen nach mehrfachen Unterschlagungen die Flucht ergriffen hat und steckbrieflich verfolgt worden ist. — Einen entsetzlichen Ausgang nahm in Annen bei Dortmund ein Streit in der Leise'schen Wirthschaft. Der Bergmann August Fischer, ein junger Mensch von 26 Jahren, fing Streit an, als ihm der Wirth keine Getränke mehr verabfolgen wollte. Als der Bursche in drohender Haltung mit einem Stuhl in der Hand auf den Wirth zukam, griff dieser zum Revolver und feuerte zwei Schüsse auf Fischer ab. Einer davon traf den jungen Menschen in's Herz, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Wirth, der in Nothwehr gehandelt haben will, wurde verhaftet, das Lokal geschlossen. — Das Personal des Dortmunder Theaters hat seine Thätigkeit eingestellt, da der Direktor Pollack keine Gage zahlen konnte. — Auf dem Offenburger Bahnhofe entgleiste Dienstag ein Güterzug. Bremser Bechtold aus Freiburg wurde hierbei getödtet. Der Materialschaden ist bedeutend, die Ursache ist noch nicht festgestellt. — Ein blutigen Kampf gab es auf der Herrschaft Szaszkabanya in Süd-Ungarn zwischen Förstern und auf der That ertappten Wilddieben. Von den Wilddieben blieben 6 todt und zwei schwer verletzt am Platze. — In Petersburg und Moskau ist die Influenza-Epidemie im Zunehmen. — Ein junger Kopenhagener Handschuhmacher, welcher in Skodsburg seinen Vater mit dessen Willen erschoß, ist zu 3 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. — Die „Frkf. Ztg." meldet aus London: Ein Deutscher Namens Schreck, der ein Agenturgeschäft betreibt, wurde Sonntag von religiösem Wahnsinn befallen. Montag früh wurden durch ihn ein Polizeiinspektor und ein Konstabler, die in seine Wohnung eindringen wollten, schwer verletzt. Schreck wurde in eine Irrenanstalt gebracht. — Montag sank in Malaga auch das Fischerboot „Carmen". Drei Mann der Besatzung sind ertrunken. — Ein fürchterliches Unglück wird von den Pampas des Bama Blanca-Bezirks (Südamerika) gemeldet. Die Funken eines vorüberfahrenden Zuges setzten ein Kornfeld in Brand und da keine Menschen in der Nähe waren, das Feuer zu bekämpfen, breiteten sich die Flammen immer weiter aus, bis 600 Quadratmeilen Korn- und Grasernte zerstörten waren. Große Viehherden, die in der Gegend weideten, kamen gleichfalls um.

Der Prozoß Sternberg erinnert an einen Vorgang Mitte der neunziger Jahre, der ebenfalls großes Aufsehen erregte. Auch damals waren gering besoldete Beamte in großer Zahl vom Gelde verblendet worden, so daß sie von der Pflicht abwichen. Es handelte sich um den sogenannten Schaffnerprozeß, der über mehr als dreißig Unterbeamte Strafe und Schande brachte. In diesem Prozeß kam zu Tage, daß fast alle Schaffner und mehrere Zugführer, sowie andere Bahnbedienstete auf den Strecken Berlin—Hamburg und Wittenberge—Lüneburg einen ausgedehnten Handel mit bereits benutzten Fahrkarten betrieben hatten. Besonders Viehhändler hatten zu den „Kunden" der Schaffner gehört. Die Strafen waren schwer, zum Theil so schwer, daß die öffentliche Meinung den armen Tauseln menschliches Empfinden und Mitleid nicht versagte. Anders stand es um die Polizei, die den Ruhm beanspruchte, das „Verbrechernest" ausgenommen zu haben. Ihr Verhalten wurde nirgends gebilligt und mitunter scharf verurtheilt. In der Verhandlung stellte es sich heraus, daß der leitende Kriminalbeamte unter der Maske eines Viehhändlers direkt die Aufforderung zum Vergehen an die Schaffner gerichtet hatte, ja noch mehr: er hatte Schaffner mit Bier und Grog bewirthet, um sie zur Herausgabe falscher Karten zu verleiten. Leider erreichte er sein Ziel nur zu gut, und stolz über sein kriminalistisches Talent schaute er im Sitzungssaale um sich. Dieser Ehrenmann war — der Kriminalkommissar Thiel, der im Prozesse Sternberg an den Pranger gestellt worden ist.

Schutz vor Schutzleuten. Wegen angeblicher schwerer Körperverletzung, begangen an dem Ober-Gendarmeriewachtmeister Schlichting aus Ruhrort und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, begangen gegen den Gendarmen Hühnermundt, war der Bergmann F. Pinior aus Borbeck zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Der Verurtheilte legte Berufung ein und hatte sich die Essener Strafkammer mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Durch einwandfreie Zeugen wurde hier festgestellt, daß der Gendarmeriewachtmeister den Angeklagten in unglaublich roher Weise mißhandelt hatte, dann noch obendrein Strafantrag stellte und in erster Instanz auch eine Verurtheilung seines Opfers erzielte. Auch in der Berufungsverhandlung bekundete er unter Eid, von dem Angeklagten mißhandelt worden zu sein. Diese Bekundung stand aber den Aussagen der übrigen Zeugen strikte gegenüber und sah sich der Staatsanwalt nach Schluß der Beweisaufnahme veranlaßt, die Aufhebung des ersten Urtheils und sofortige Verhaftung des Wachtmeisters wegen Meineids zu beantragen. (!) Das Gericht nahm jedoch von der sofortigen Verhaftung Abstand, hob zwar das erste Urtheil auf, erkannte aber wegen Widerstandes auf 10 Mark Geldstrafe. Den Widerstand fand man darin, daß der Angeklagte, als er am Boden lag und von den Ordnungsstützen mißhandelt wurde, mit den Füßen um sich trat. — Drum, deutscher Bürger, halte still, wenn ein Polizist dich haut.

Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung. Auf dem jetzigen Gebiete des deutschen Reiches hatten im Jahre 1800 nur zwei Städte, Berlin und Hamburg, über 100 000 Einwohner. Die Zahl der Großstädte stieg 1871 auf 8, 1895 auf 28 und in diesem Jahre auf 33. Von den 270 Großstädten der Erde — China ist wegen der unsicheren Angaben nicht berücksichtigt — liegen 39 in England, 33 im deutschen Reich, 32 in Vorderindien, 29 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, 17 im europäischen Rußland, 15 in Frankreich, 12 in Italien und je 7 in Japan und Oesterreich-Ungarn.

Der Beleidigungsprozeß Dasbach-Haubrich hat Montag vor der Strafkammer des Landgerichts Trier in der Berufungsinstanz begonnen. Es handelt sich um die bekannten ehrenrührigen Behauptungen, die dem katholischen Geschäftsmann, Reichstags- und Landtagsabgeordneten Dasbach von seinem Glaubens- und Parteigenossen, Redakteur Haubrich, nachgesagt worden sind. Wenn die Anzeichen nicht trügen, so dürften die Verhandlungen diesmal einen sehr erheblichen Umfang annehmen, da eine ganze Reihe neuer Beweismomente von beiden Parteien in die Erörterung gezogen werden sollen. Vorläufig sind sechs Verhandlungstage in Aussicht genommen, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß sich die Verhandlungen bis in die Festtage hinein ausdehnen. Kaplan Dasbach vertritt den Trier'schen Wahlkreis im Reichstage, er ist Leiter der Bauernvereine, Eigenthümer der Paulinusdruckerei und der „Trier'schen Landeszeitung". Sein Einfluß ist im Bisthum vorherrschend. Er hat sich durch seine Geschäftsunternehmen ein großes Vermögen erworben, das auf etwa 800 000 Mark geschätzt wird. Andrerseits hat ihm gerade in Zentrumskreisen sein schroffes persönliches und geschäftliches Auftreten zahlreiche Feinde verschafft. Die Verhandlungen erregen im Rheinlande ein ganz gewaltiges Aufsehen. Der Andrang zum Sitzungssaal ist außerordentlich stark. Insgesammt sind siebzig Zeugen geladen, darunter eine Reihe katholischer Geistlicher; man bemerkte unter ihnen besonders den Zentrumsabgeordneten Kammergerichtsrath Roeren und den Direktor von der Zeitung „Germania", Müller. Wegen plötzlicher Erkrankung muß Haubrich den Verhandlungen leider fern bleiben, was für den Ausgang seines Prozesses ungünstig ist.

Eine gesinnungstüchtige Gemeinde. In Breitengüßbach (Bayern) sollte kürzlich die Bürgermeisterwahl vorgenommen werden, weil der seitherige Bürgermeister Hümmer wegen Meineid eine Zuchthausstrafe von anderthalb Jahren abzubüßen hat. Die Gemeinde faßte nun, wie die „M. N. N." melden, den höchst eigenthümlichen Beschluß, den Bürgermeister Hümmer nach Verbüßung seiner Strafe wieder zu wählen und jetzt von einer Neuwahl abzusehen. Das kgl. Bezirksamt und auch die kgl. Regierung von Oberfranken gaben natürlich dem gestellten Verlangen nicht statt, sondern bestimmten, daß in allernächster Zeit die Bürgermeisterwahl stattzufinden hat.

Was kostet eine Heiligsprechung? Gelegentlich der Benedizirung der Crescentia Höß aus Kaufbeuren giebt die „Salzburger Katholische Kirchenzeitung" die Kosten einer solchen heiligen Handlung bekannt. Demnach entfallen 20 000 Lire (à 80 Pf.) als „Taxe" für Benützung der Peterskirche, 5000 Lire für Ausschmückung der Kirche, 13 000 Lire für Herstellung von Bildern sammt Lebensbeschreibung der neuen Heiligen, 10 000 Lire für ein Porträt als Eigenthum des Papstes. Hierzu kommen noch die Kosten für Ausstellung des Dekretes, für Musik, Beleuchtung, die unvermeidlichen „Geschenke" an die amtirenden Kardinäle und den ganzen Troß von Bediensteten, so daß man die gesammte Kostensumme auf 80 000 Lire veranschlagen kann. Bisher ist es noch nicht gelungen, diese horrende Summe in Deutschland aufzubringen. Die Heiligsprechung steht noch aus.

Der Teufel vor dem Reichsgericht. Wie stark der Aberglaube bei den Menschen des 20. Jahrhunderts noch verbreitet ist, zeigt folgender Fall: Eine wegen Mordversuchs Angeklagte wünschte den Tod ihres Ehemannes und wandte sich deshalb an eine „kluge Frau", die ihr vorgespiegelt hatte, sie könne den Teufel beschwören, der entweder von ihr selbst oder von der klugen Frau beauftragt werden sollte, den Ehemann zu holen. Sie gab ihr Geld, bemerkte jedoch bald, daß sie beschwindelt sei. Bei Gelegenheit hatte sie die angebliche Teufelsbeschwörerin auch befragt, ob sie durch Sympathiemittel Andere könne sterben lassen. Sie wurde aber an eine andere kluge Frau verwiesen, die behauptete, daß sie im Besitze dieser Kunst sei und sich 10 Mk. geben und für den Erfolg 50 Mk. versprechen ließ. Beide kluge Frauen sind wegen Betrugs bestraft, die ihres Ehemannes so überdrüssig gewordene Frau aber wegen Aufforderung zu einem Verbrechen. Das Reichsgericht hat das Urtheil aufgehoben und die zärtliche Gattin freigesprochen. Aus den in der „Deutschen Juristenztg." mitgetheilten Gründen sind die folgenden hervorzuheben: Keine der beiden klugen Frauen habe Vorbereitungs- oder Versuchshandlungen zum Mord begangen, sondern lediglich Handlungen zum Zwecke des Betrugs. Es habe auch keine Aufforderung zur Begehung eines Verbrechens stattgefunden; denn nicht zum Mord ohne Bestimmung der Mittel oder mit physischen Mitteln sei aufgefordert, sondern zu einer ganz bestimmten Begehungsform, an deren Begehungsmöglichkeit die Angeklagte glaubte. Diese Form habe keine reale Existenz, gehöre auch nur dem Aberglauben und dem Wahne an und sei nicht die Quelle realer Wirkungen. Es handle sich weder um taugliche, noch um untaugliche Mittel zur Veränderung in der Welt des Thatsächlichen. Sie seien auch rechtlich indifferent und hätten nur Bedeutung für Sittlichkeit und Moral. Es liege nur eine irrige Auffassung des § 49 a St.-G.-B. vor, indem die Vorinstanz es für ein Verbrechen halte, wenn Jemand Gott oder den Teufel, oder andere übernatürliche Kräfte zur Ausführung eines Verbrechens anrufe.

Wie eine Mär fast klingt die neueste Tragödie aus dem griechischen Räuberleben, über die dem „B. L.-A." aus Athen folgendes berichtet wird: Ein gewisser Karatanasio hatte drei Tage nachdem er mit der Tochter eines Landmannes Hochzeit gefeiert, einen Mord begangen. Er floh darauf und gab sich in der Umgegend dem Räuberwesen hin. Nun stellte er das freche Verlangen, daß seine Frau, die sich wieder in das väterliche Haus zurückbegeben hatte, sein Räuberleben theile; dies forderte der Räuber in immer drohenderem Tone. Da er aber seinen Willen nicht durchzusetzen vermochte, beschloß er Gewalt anzuwenden. Er bemächtigte sich eines zehnjährigen Bruders seiner Frau und drohte ihn umzubringen, falls jene nicht zu ihm käme. Der Vater erbot sich endlich, seine Tochter dem Gefürchteten selbst zuzuführen. Gleichzeitig hatte er aber auch Militär requirirt. Doch der Räuber merkte, daß man ihm eine Falle stellen wollte. Aus Wuth über den Verrath richtete er die Pistole erst gegen den Schwiegervater, dann gegen die eigene Frau und tödtete sie; dann entfloh er mit dem Bruder, dessen Loos das gleiche sein dürfte. Bis jetzt ist es den Bemühungen des Militärs nicht gelungen, des Verbrechers habhaft zu werden.

Neue Goldfelder, die an Reichthum das Klondyke-Gebiet übertreffen sollen, sind, wie aus Newyork berichtet wird, am Yellow-River, einem Nebenflusse des Kokorim, 300 Meilen von der Holy Troß Mission am Yukon, entdeckt worden. Einige Goldsucher, die während des Sommers auf gut Glück in das Innere zogen, entdeckten das Dorado. Die Nachricht von dem reichen Goldlande gelangte im November nach St. Michaels. Zwei Männer schwedischer Abkunft brachten Gold im Werthe von 140 000 Mk., das sie aus einem kleinen Stück Erde von 16 Fuß im Quadrat und 2 Fuß Tiefe erlangt hatten. Das Goldland liegt 2100 Meilen von Skaguay. Bis jetzt befinden sich nur 12 Goldsucher in dem entlegenen Dorado, die Alle schnell reich werden.

Die erste Volkszählung in Samoa, die in der Zeit vom 15. August bis zum 30. September d. Js. veranstaltet wurde, hat für die Insel Upolu 17 755 (8 920 männliche und 8 835 weibliche), für Manona und Apolima 1 038 (483 männliche und 555 weibliche), für Savaai 14 022 (7 491 männliche und 6 531 weibliche), für das gesammte Deutsch-Samoa also 32 815 (16 894 männliche und 15 921 weibliche) Einwohner ergeben.

Zum Weihnachts-Feste
empfehle
sämmtl. Gewürze zur Kuchenbäckerei, Kuchensyrup, Tannenbaumconfect, Tannenbaumcakes, Hasel- u. Wallnüsse Datteln, Feigen, sowie sämmtliche Colonialwaaren,
J. Stooss, Arnimstr. 10c.

Wunderschöne
Acetylen-Laternen 4 Mark
Calcium-Carbid 70 Pf. à kg
Zu haben in der Fahrrad-Handlung u. Reparaturwerkstatt
H. Benthien
53 Fackenburger Allee 53.

Wallnüsse
Pfund 30, 35, 40 und große 45 Pfg.
Haselnüsse, große, 45 Pfg.
Datteln Pfd. 30 Pfg.
Feigen in Kisten von 1 Pfd. 50 u. 60, lose Pfd. 30 Pfg.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Puppenwagen
Puppensportwagen
in allen Preislagen.
H. Gröper, Mengstr. 18.

Nur lebende holsteinische
Karpfen u. Schleie
Feinste große
Kieler Pfahlmuscheln
per 100 Stück Mk. 1,50, Dtzd. 20 Pfg.
empfiehlt
J. C. H. Boy
Beckergrube 3. Mauer 84.
Fernsprecher Nr. 115.
NB. Bestellungen für die Festtage nehme ich in meinen Filialen Beckergr. 3 und Wahmstraße 16 entgegen.

Zum Weihnachten
empfehle ich mein großes Lager von
Aepfeln
sowie Wall-, Hasel-, Cocusnüsse, Feigen, Datteln, Mandeln, Traubrosinen, Citronen u. Apfelsinen.
Große Auswahl in
Tannenbäumen.
Bestellungen auf Wild und Geflügel werden angenommen.
Die Obst- und Gemüsehandlung
L. Jacobsen
Meier tr. 26, 26a.

Stets frische
Meierei-Butter
frische **Bauernbutter**
per Pfund Mk. 1.10,
bei mehreren Pfunden billiger, empfiehlt
Ad. Danielsen
Moislinger Allee 2b.

Cigarren
100 Stück Mk. 2.50 bis Mk. 40,00.
Cigaretten
100 Stück 85 Pfg. bis Mk. 8.00.
Rauchtaback
Pfund 55 Pfg. bis Mk. 3.00.
Kau- u. Schnupftaback, Pfeifen, Shagpfeifen u. Spazierstöcke.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51

Schultornister
Taschen
und Bücherträger.
H. Gröper, Mengstr. 18.

Prima Kuchensyrup, bestes Weizenmehl, Mandeln, Succade, sämmtl. Gewürze, Gerstgrütze, Hafergrütze, Rinderdärme, Essig, Corinthen, Rosinen, Töpfe, Fässer u. s. w.
empfiehlt billigst
Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.

J.F.B.Grube, Lübeck, Markt

Inh.: **Rudolf Möller.**

Eisenwaaren- und Hausstands-Geschäft

empfiehlt in großer Auswahl

practische Weihnachts-Geschenke jeder Art.

Feine Liqueure

gute Weine u. Spirituosen.

J. H. Stooss, Engelsgr. 41.

Deutsch. Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck.

Außerord. Mitgliederversammlung

am Freitag den 21. December 1900

Abends 8 Uhr

im „Vereinshaus", Johannisstraße 50/52.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Wegen außerordentlicher Wichtigkeit derselben ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

Die Lokalverwaltung.

Lübecker Glücks-Loose

empfehle aus meiner Hauptkollekte.

Paul Würzburg,

Lübeck,

14 Markt 14

Fernsprecher 959.

Strumpfgarn

Pfund von 1,30 Mk. an.

Normal-Hemde, Hosen, Jacken, Jagdwesten, Isländer, Schulterkragen, Zuavenjäckchen, Faust- u. Fingerhandschuhe, handgestr. Strümpfe und Unterröcke, Schlaf- und Pferdedecken,

Loden

und Cheviots zu Fabrikpreisen in größter Auswahl empfiehlt

H. Bössel

nur Hüxstraße 37.

Glas, Porzellan u. Spielwaaren

empfiehlt

H. Jacobsen, Schwartau

Lübeckerstraße und Tremserkamp.

Holstenstraße 14 **Heinr. Muhly** Holstenstraße 14

Fernsprecher 1124.

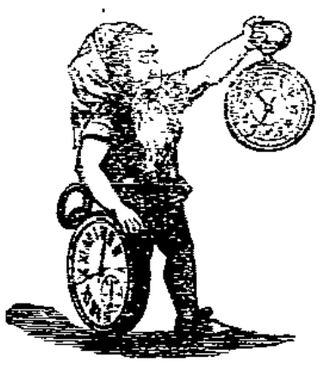
Täglich frischen

Heringssalat.

Passendes Weihnachts-Geschenk.

Uhren aller Art

Nur gute Waare!



3 Jahre Garantie!

Durch Zufall eine Parthie

silberne Herren- und Damen-Remontoir-Uhren v. 10 Mk. an.

Goldene Damen-Uhren	von 15	Mk. an
Regulateure mit Schlagwerk	„ 8	Mk. an
Silberne Knaben-Uhren	„ 5	Mk. an
Stand- und Weckeruhren	„ 3	Mk an

Ketten in großer Auswahl

von **30 Pfg.** an.

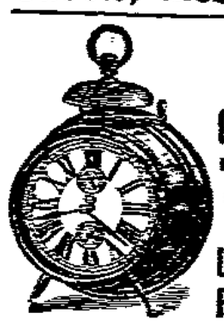
Versandt nach außerhalb franko gegen Nachnahme. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet.

Reparaturen

billigst unter 1jähriger Garantie.

Johannes Probst

Lübeck, Große Burgstraße 53.



Lager aller Arten Uhren

unter 3jähriger Garantie zu sehr billigen Preisen.

Uhren reinigen 1 Mk. 50 Pfg.

Federn einsetzen 1 Mk. 50 Pfg.

Th. Köhler

Uhrmacher

Untertrave 70, Ecke Fischergrube.

Holstenstraße 14 **Heinr. Muhly** Holstenstraße 14

Fernsprecher 1124.

Halbger. Schinken

Ger. Schweinefleisch

„ Schweinsköpfe

„ Rippespeer.

Holstenstraße 14 **Heinr. Muhly** Holstenstraße 14

Fernsprecher 1124.

Pomm. Gänsebrüste

in jeder Größe.

---

20 000 Dutzend

kleine braune Kuchen werden in den Verkaufsstellen der

Dampfbäckerei „Hansa"

so lange der Vorrath reicht, als **Weihnachtszugabe**

gratis

verabfolgt. Jedermann erhält bei Einkauf von 50 Pfg. Brod

ein Dutzend Kuchen gratis:

Breitestraße 13,
Holstenstraße 4,
Hüxstraße 26,
Moislinger Allee 6,
Cronsforder Allee,
Ecke der Uhlandstraße,
und **Peterstraße 1.**

Telephon 1203. **Weinhandlung** Johannisstr. 4 u. 20.

Krüger & Mohrmann

empfiehlt zum Fest

ihre vorzügl. Weine in bekannt guter Qualität.

Specialität: Spanischer Portwein per 1/1 Fl. Mk. 1.10.

Rothwein à Flasche 50 Pfg. ✻ Moselwein à Flasche 50 Pfg.

Briefmarken-Album von 50 Pfg. bis 45 Mark.

Bei Einkäufen von mindestens Mk. 10 geben wir den Käufern einen unserer **Lübecker Reclame-Schreibmappen** zu.

Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft Lübeck.

— Fernsprecher 161. —

Wir empfehlen unsere ausschliesslich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz bereiteten

Lager- und Tafelbiere

in bekannter Güte, sowie unser

Kapuzinerbräu

welches nach **Münchener Art**, ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayrischen Braugesetzes gebraut ist, und erbitten uns Bestellungen direct oder durch die Bierführer.

Neue Hasel-, Wall- und Para-Nüsse,
neue Feigen Pfd. 30 Pfg.,
neue Datteln Pfd. 35 Pfg.,
Traubrosinen und Krachmandeln,
Tannenbaum-Confect, große Auswahl,
Tannenbaumlichte, ital. Apfelsinen Dtzd. 75 Pfg.

empfiehlt in tadelloser Waare

Otto Trepkau, Fleischhauerstr. 11.

C. Evers' Pfeffernüsse sind vorzüglich.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.